Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein".

Nummer 13
2. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Lützow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich Mk. 2.– ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer Mk. 0.40 einschließlich ortsüblichen Teuerungszuschlages.

Berlin
1. Juli 1921

Unser Saargebiet in Gefahr!

Neueste Enthüllungen des französischen Annexionismus.

Seit Jahresfrist unterstehen die früheren preußischen Staatsgruben im Saargebiet der Verwaltung des französischen Staates, in dessen Besitz sie übergegangen sind. Der neue Besitzer ebenso wie die deutschen Bergleute und Beamten haben inzwischen ihre Erfahrungen gemacht, und gerade in den letzten Wochen stand die Saargrubenfrage wieder einmal zur Diskussion. Bedauerlich ist, daß die deutsche öffentliche Meinung nicht selbständig und mehr in diese Diskussion eingegriffen hat, sondern nichts anderes wiedergab als das Echo, das diese Frage in der französischen Presse weckte, als wäre die Frage der Saargruben nicht eine eminent deutsche Frage. Wenn sie auch erst in 15 Jahren endgültig entschieden werden soll, so bedarf sie doch heute schon der größten Aufmerksamkeit, einzig und allein schon deshalb, weil von französischer Seite diese Frage bereits recht aktiv im Interesse Frankreichs behandelt wird. Deutschland ist in die Rolle des Verteidigers gedrängt, jedes Stück seines moralischen und materiellen Rechtes, das von ihm kampflos aufgegeben wird, verlangt später zur Wiedereroberung einen drei- bis vierfachen Kräfteeinsatz. Und Deutschland will und darf doch nicht weder die Gruben noch das Saargebiet aufgeben. Es ist deutsches Land und muß es bleiben!

Die Diskussion um den materiellen Besitz der Saargruben, die seit einiger Zeit in Frankreich im Flusse ist, hat von neuem bewiesen, daß es Frankreich gar nicht darauf ankam und heute noch weniger darauf ankommt, durch den 15jährigen Besitz der Saargruben Ersatz für den Ausfall seiner zerstörten Gruben in Nordfrankreich zu erhalten. Mit diesem Argument hat es lediglich seine wahre Absicht vor Verbündeten und Neutralen schamhaft verhüllen wollen. Wir wissen aus den Enthüllungen Tardieus (s. „Saar-Freund" Nr. 13, 1920), welch gemeines Spiel Clemenceau und seine Mitarbeiter gerade in der Saargebietsfrage mit Wilson und Lloyd George getrieben haben, wie sie deren Widerstreben geradezu mit der Lüge von den 150 000 Franzosen des Saargebietes brachen, um den jetzigen unheilvollen Zustand herbeizuführen, wonach das Saargebiet nach außen hin dem Völkerbund, in Wirklichkeit aber einfach den französischen Machthabern in Paris unterstellt ist. Kein Mensch im Saargebiet sieht seinen autokratischen Herrn im Völkerbund, sondern nur in den Inhabern der französischen politischen Macht, deren Vertreter die Mehrheit, und zwar die ausschlaggebende Mehrheit und die Regierungskommission des Saargebiets besitzen. Das Volk des Saargebiets ist politisch rechtlos.

Die wahre Absicht der französischen Politik geht aber darauf hinaus, den jetzigen provisorischen Zustand aufzuheben, entweder sofort bei jeder sich irgendwie hierzu bietenden Gelegenheit, oder aber doch in 13½ Jahren bei der Abstimmung, und dann ihr eigentliches Projekt mit dem Saargebiet durchzuführen, es dem französischen Staatswesen einzugliedern, 800 000 Deutsche unter französische Herrschaft zu bringen.

Aeußerungen aller politischen und amtlichen Persönlichkeiten, ganz abgesehen von der Presse, haben diese wahren Absichten Frankreichs bei jeder Gelegenheit wieder von neuem enthüllt, heute ohne auch nur den Versuch einer schamhaften Bemäntelung zu machen. Wozu auch? Der Franzose hat immer recht. Und die Punkte im Versailler Diktat, in denen seine Wünsche nicht erfüllt wurden, schreit er als Verbrechen an den heiligsten Ideen der Menschheit aus. Ein Volk wider seinen Willen unterjochen, heißt ihm höchstes Menschenglück, wenn Frankreich der Sklavenhalter ist.

Im Saargebiet prüft Frankreich seine Kraft, anderen Völkern ein widerwillig Joch aufzuerlegen. Und wie gesagt, es macht keine Mördergrube mehr aus seinem Herzen. Es will nicht nur den Ertrag der Kohlengruben als Ersatz für seine zerstörten Gruben auf 15 Jahre. Es will die Gruben für immer, und es will das Saargebiet politisch besetzen. Ganz naiv stellten einige französische Politiker ihren schönen Plan zur Schau, den Gewinn der Saargruben den Kriegsteilnehmern als Belohnung zu geben. Nicht nur sollten hierdurch die französischen Krieger ihren Anteil an der Beute nach altrömischem Muster bekommen (höre, Wilson: Beute!!!), nein, darüber hinaus noch sollte dadurch ein großer Teil des französischen Volkes für das Saargebiet interessiert werden. Offenbar doch, um der Annexionspolitik Frankreichs einen größeren Resonanzboden im französischen Volke zu schaffen. Die Annexion des Saargebietes sollte das Verlangen des heiligsten französischen Volkswillens sein.

Merkwürdigerweise durchlief zu gleicher Zeit die Presse eine Notiz, wonach die Saargruben zurzeit gar keinen Gewinn einbringen, sondern im Gegenteil mit Defizit arbeiten. Was sollte also Großes den französischen Beuteempfängern zugeteilt werden? Diese

Notiz rückte denn auch die französische Verwaltung der Saargruben in ein wenig erfreuliches Licht. Zunächst war gesagt, daß sich in dem staatlichen Verwaltungsapparat eine recht weit ausgedehnte und kostspielige Vettern- und Günstlingswirtschaft breitmacht; Befähigte und Unbefähigte, Berufene und Unberufene, alles, was nur einen lieben Freund und Verwandten bei den Saargruben hatte, wurde herangezogen, um mitzugenießen an den Eutern der braven milchenden Kuh. Die für so viele zur auskömmlichen Nahrung gewordene Milch war im heißen Schweiße des deutschen Saarbergmanns gewonnen. Da die Gruben vorläufig im Besitze Frankreichs, so könnte es uns Deutschen ja an sich gleichgültig sein, wie Frankreich seinen Kindern den Erlös aus den Gruben zukommen läßt. Nicht aber gleichgültig kann uns Deutschen sein, daß der weitaus größte Teil dieser ins Saargebiet gezogenen, von den Grubengeldern bezahlten Franzosen einzig und allein eine Propagandagarde Frankreichs ist, daß diese im Saargebiet herumlungernde Gesellschaft keine andere Aufgabe hat, als vor der Welt den wahren Charakter des Saargebietes zu verfälschen, einen gemeinen Seelenfang zu treiben, die rein und unverfälscht deutsch fühlende Bevölkerung durch gemeinste Mittel in Gewissensnot zu bringen, sie durch Spitzel und Agenten in Unruhe zu versetzen und sie in ewiger Bedrohung von Leib und Gut zu erhalten. Das ist die Aufgabe dieses Heeres von Propagandaorganen, das sich in der französischen Grubenverwaltung angesiedelt hat, durch die nach französischen Pressenotizen nicht nur jeder Erlös aus den Saargruben aufgefressen wird, durch die darüber hinaus auch noch dem Bergarbeiter der Lohn verkürzt wird. Denn alle Lohnverkürzungen und Feierschichten werden von der Verwaltung stets mit dem geringen Erlös begründet. Der Erlös wird aber eben von den Propagandagaunern in der Grubenverwaltung zu einem gewichtigen Teil aufgezehrt.

Bei diesem jämmerlichen Zustande der Grubenverwaltung ist es natürlich, daß es der französischen Staatsregierung angst und bange wird. Sie möchte möglichst schnell und möglichst ohne Skandal aus diesem Geschäfte heraus. Der Privatinitiative soll die Ausbeutung der Saargruben überlassen werden.

Diesem Projekte galten die Verhandlungen in der französischen Kammer vom 17. Juni d. J. Wenn es sich in diesen Verhandlungen einzig und allein um die Regelung der Verwaltung des französischen Grubenbesitzes gehandelt hätte, so wäre es eine französische Angelegenheit geblieben. Wir hätten lediglich von dem Ergebnis Kenntnis genommen. Die Verhandlungen wurden aber interessant für uns wiederum durch die Enthüllungen des französischen Annexionswillens, der sich bei den Politikern wie bei den Regierungsvertretern klar und eindeutig offenbarte. Das müssen wir festnageln! Das muß der Welt vor Augen geführt werden: Das Saargebiet soll eine Beute der Franzosen sein und bleiben. Es soll Deutschland mit List und Tücke gestohlen werden!

Was soll es anders heißen, wenn der Abgeordnete Engerand erklärt, „er gehöre zu den Leuten in Frankreich, die so zu handeln suchten, daß die Abstimmung im Saargebiet günstig für Frankreich ausfalle"? Ist dies etwas anderes als Aufruf zur französischen Propaganda im deutschen Saargebiet? Denn die Phrase von der Politik der Ingenieure wird wohl kein Mensch in der ganzen politischen Welt als etwas anderes als eine prachtvolle, aber nichtssagende aufgefaßt haben, ganz besonders im Saargebiet, wo man auf diesem vorgerückten „Schauplatz des französischen Genies" genügend Gelegenheit hat, eben dieses Genie an der Arbeit zu sehen — und herzlich gering zu achten.

Nur um der Welt Sand in die Augen zu streuen, redet der Deputierte Engerand davon, „daß die Bevölkerung im Saargebiet schon die Wohltat des französischen Regimes auf den Gruben erkannt und anerkannt habe." (!!) Das gerade Gegenteil ist der Fall! Und wenn etwas das schlechte Gewissen der französischen Staatsverwaltung verrät, so ist es das wenig vornehme Wort des Ministers der öffentlichen Bauten Le Trocquer, der erklärte, „die saardeutsche Bergarbeiterschaft habe jetzt schon reichlich Gelegenheit gehabt, Vergleiche anzustellen zwischen dem Dünkel der ehemaligen preußischen Bergbeamten und der gutmütigen Kameradschaft des französischen Ingenieurs".

Wenn diese Worte die ganze Information des Ministers Le Trocquer sein sollten, auf Grund deren er sich eine merkwürdige Zuversicht für die kommende Abstimmung zu eigen machen will, so kann man nur Mitleid haben mit seiner staatsmännischen Naivität. Will er sich nicht noch weiter blamieren, so soll er ja diesen Troß seiner Propagandaleute, die als einziges Arbeitsergebnis offenbar allein diese jämmerliche Information aufzuweisen haben werden, zum Teufel jagen.

Wir bringen weiter unten das Schreiben eines von den Franzosen übernommenen Bergbeamten, der aus der Bergarbeiterschaft hervorgegangen ist. An dessen Ausführungen mag der Minister Le Trocquer ersehen, wie der deutsche Saarbergmann seinen neuen Arbeitgeber einschätzt. Der Saarbergmann hat ein scharfes Auge für die Allüren der großen Herren, die sich jetzt als die neuen Herrgötter aufspielen, denen der deutsche Arbeiter den Schweiß seines Angesichtes zum Opfer bringen muß. Der Saarbergmann hat sein bekanntes überlegenes Lächeln für die Versprechungen, daß nach den Gesetzesvorlagen auch zwei Arbeitervertreter unter die 16 Mitglieder der Verwaltung aufgenommen werden sollen. Das Prinzip der dreifachen Beteiligung an der zukünftigen Aktiengesellschaft, des Staates, der Arbeitgeber und der Arbeiter, wird ihm nicht imponieren. Er weiß zu gut, was ihm der preußische Staat geboten hatte. Er weiß sehr gut, daß das Prinzip des preußischen Staates bei der Verwaltung der Gruben ganz andere Rücksichten zu seinen Gunsten walten ließ, als der französische Besitzer auch nur ahnen kann. Der preußische Staat dachte deshalb nicht daran, das Saargebiet **„auszubeuten"**, d. h. **Raubbau zu treiben** nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten. Wenn sich die Franzosen rühmen, daß sie 20 Millionen Tonnen gefördert hätten gegenüber den 14 Millionen der preußischen Verwaltung, so weiß der Saarbergmann nur zu gut, **daß das französische System Raubbau ist auf Kosten des Bergmanns!** Gewiß kann die Kohlenförderung noch weiter gesteigert werden, aber den Nutzen haben nicht die Arbeiter, sondern die französischen Kapitalisten davon. Die nächste Folge dieses Raubbaues wird das Heranziehen fremder Arbeitskräfte sein. Nicht mehr in den Händen des Saarbergmanns wird der Bergbau liegen, sondern die Belegschaft wird jenes bunte Völkergemisch werden, das der französische kapitalistische „Ausbeuter" eben für seinen Zweck notwendig hat. An Stelle des stolzen Saarbergmannes wird das menschliche Arbeitstier treten.

Um dies halten zu können, soll dem Saarbergmann jeder Rückhalt an Deutschland genommen werden. Darum will Frankreich die Annexion des Saargebietes, darum sendet es seine Propagandisten in die Bergverwaltung und ernährt sie mit dem Schweiße des deutschen Arbeiters.

Wahrlich, dieses Bild der französischen politischen Arbeit im Saargebiet enthüllte sich jedem leicht, der einigermaßen nur diese Arbeit von Anfang an verfolgt hat. Unverständlich ist es darum, wie eine deutsche Zeitung im Saargebiet, die „Saarbrücker Zeitung", auch nur daran denken konnte, einem Vertreter der französischen Industriewelt das Wort zu geben, um die französischen Ansichten über die Zukunft des Saargebietes zu entwickeln. Diese französischen Ansichten gehen uns gar nichts an. Das Saargebiet ist für 15 Jahre einer nichtdeutschen Regierung unterstellt, es ist und bleibt deutsches Gebiet! Und nach 15 Jahren

wird jeder französische Einfluß im Saargebiet verschwunden sein, der jetzt — und das ist das Entscheidende — überhaupt nur zu Unrecht im Saargebiet vorhanden ist. Abgesehen von diesem prinzipiellen Standpunkt ist es doch eine Ungeheuerlichkeit, daß die deutsche „Saarbrücker Zeitung" dem Franzosen eine Reihe von Behauptungen unwidersprochen hingehen läßt, die ganz augenscheinlich nichts anderes bezwecken, als die gleichzeitig in der französischen Kammer gefallenen Aeußerungen zu unterstützen, um den Geist der Bevölkerung irrezuführen. Welcher Deutsche, besonders welcher Saardeutsche wüßte nicht sofort die treffendste Antwort auf die Behauptung des französischen Industriellen, der da in einem deutschen Blatt zu sagen wagt: „. . . Wir haben aus der Geschichte erfahren, daß das Saargebiet früher unter französischer Herrschaft gestanden hat." Wann? Wie lange? Doch nur unter der Gewalt kriegerischer Okkupierung. Und im Laufe von 1000 Jahren ganze 62 Jahre. Das soll die Bevölkerung bei der Abstimmung auch nur einen Augenblick lang in Rechnung setzen?

Und ein zweiter Passus lautet: „Wir haben zur Genüge gesehen, wie in vielen Fällen die deutsche Verwaltung vor dem Kriege bei Randbevölkerungen fremder Sprachen Fehler über Fehler begangen hat." Das soll ein französischer Industrieller, der angeblich das Saargebiet vor dem Kriege schon gekannt hat, in bezug auf das Saargebiet gesagt haben? Und das läßt die „Saarbrücker Zeitung" **unwidersprochen?** Das ist die traurigste Erscheinung in diesen Tagen der Diskussion über das Saargebiet!

Aber geben wir jetzt das Wort dem deutschen Bergbeamten über die Tätigkeit und das Wirken seines neuen französischen Arbeitgebers. Die Herren in Paris à la Le Trocquer werden wohl ihre Ansichten etwas revidieren müssen, wenn sie nachstehende Ausführungen über

„Die Saargruben unter französischer Verwaltung"

gelesen haben werden:

„Seit dem 11. November 1920 sind sämtliche Steinkohlengruben des Saargebietes — staatliche und private — Eigentum des französischen Staates. Der französische Staat ist damit Eigentümer bedeutender Ländereien, vieler Wohnhäuser und der bedeutenden Werksanlagen im Saargebiet geworden. Er ist damit der reichste und maßgebendste Industrielle im Saargebiet. Der neue Besitzer der Steinkohlengruben im Saargebiet hat seit der Zeit seiner Besitzergreifung mancherlei Neuerungen eingeführt.

Da fällt zunächst der äußerliche Pomp auf. Die jetzt französischen Steinkohlengruben unterstehen einem Generaldirektor mit dem Sitze in Saarbrücken, im Gebäude der ehemals preußischen Bergwerksdirektion. Auf dem Platze vor diesem Gebäude stehen, kommen und entfernen sich seit der französischen Besitzergreifung ohne Unterlaß Autos, ähnlich wie in einem großen militärischen Hauptquartier. Man spricht von 70 bis 80 Personenautos, die den französischen Ingenieuren zur Verfügung stehen sollen. Demgegenüber gab es bei der preußischen Bergbehörde etwa 3—4 Dienstautos für die großen Kraftzentralen. Jetzt gibt es eine ganze Anzahl von französischen Beamten, die ständig mit dem Auto zwischen ihrer Wohnung und dem Dienstgebäude verkehren. Aehnlich ist es auch auf den Außenanlagen. Auch hier ist der Auto- und Wagenverkehr äußerst rege. Wurde früher darüber geredet, wenn ein deutscher Werksdirektor häufig im Wagen daherfuhr, so war das gar kein Vergleich gegenüber den heutigen Zuständen!

Dazu kommt eine Vermehrung des Beamtentums in kaum verständlichem Umfange. Die früheren dortigen höheren preußischen Bergbeamten traten mit der Abtretung der Gruben an Frankreich mit einer einzigen Ausnahme (d. i. der ehemalige Berginspektor und preußische Leutnant d. R. Roßenbeck) in anderweitige deutsche Dienste über. Die mittlere Beamtenschaft mit der Belegschaft trat dagegen fast geschlossen in französische Dienste über im Einvernehmen mit der deutschen Reichs- und der preußischen Staatsregierung. Die französische Regierung rechnete naturgemäß sehr mit der Uebernahme der erfahrenen Arbeiter und Beamten. Sie stellte zunächst nur die höheren Beamten und leitete mit ihnen die verschiedenen Betriebszweige möglichst im Einvernehmen der deutschen Beamten und Arbeiter. Doch vergrößerte sich der französische Beamtenapparat sehr rasch und umfangreich. Gegenwärtig dürfte die Generaldirektion zu Saarbrücken etwa 4mal soviel Beamte und Beamtinnen beschäftigen wie früher die preußische Bergwerksdirektion.

Aehnlich sieht es auf den einzelnen Werken aus. Früher gab es auf jeder Berginspektion neben dem Werksdirektor für jede Schachtanlage einen Berginspektor. Heute gibt es auf jeder Schachtanlage einen besonderen Untertage-Ingenieur und einen Ingenieur für die gesamte Anlage. Meist kommt ein weiterer Hilfsarbeiter hinzu. Ueber allen steht der Werksdirektor. Wo also früher auf einer Berginspektion mit 2 Schachtanlagen 3 höhere deutsche Bergbeamte waren, gibt es heute 5—7 oder auch mehr französische Ingenieure. Der Selbständigkeit dieser Ingenieure sind meist enge Grenzen gezogen. In allen, selbst unwesentlichen Fragen müssen sie sich um Auskunft oder Anweisung nach Saarbrücken wenden.

Die deutschen Obersteiger und Betriebsführer sind noch durchweg auf ihrem Posten. Das ist aber auch das einzige. Selbständiges Handeln und eigenmächtiges Eingreifen gibt es für sie nicht mehr. Sie sind größtenteils Berichterstatter und Verantwortungsträger. Die Betriebspläne auszuarbeiten und den Gang des Betriebes zu regulieren, ist Sache der französischen Ingenieure. Naturgemäß waren die deutschen Betriebsführer hierbei willkommene Berater, solange die französischen Ingenieure die Betriebe nicht völlig beherrschten. Jetzt, wo die Ingenieure sich in die Verhältnisse eingelebt haben, beherrschen sie immer mehr und einschneidender den ganzen Betrieb. Auf manchen Gruben schreiben sie dem das Gedinge abschließenden Fahrsteiger die Höhe der Gedingsätze genau vor oder setzen auch wohl selbst Gedinge fest. Die deutschen Grubenbeamten werden nachdrücklich zur Steigerung der Leistung und Materialersparnis angehalten. Bei den Bergarbeitern kommt dadurch leicht der Glaube auf, als wollten die deutschen Beamten in französischen Diensten eine Gewaltherrschaft aufrichten.

Das ursprünglich stets im Munde geführte Wohlwollen gegen Arbeiter und Beamte hat sich mittlerweile in der Praxis anders gezeigt. Die Bergleute insbesondere haben die harte Faust und den kapitalistischen Sinn der französischen Bergverwaltung in den letzten Monaten hinlänglich kennen gelernt. Für sie gelten Arbeiterschutzgesetze und eine zeitgemäße Ordnung ihres Arbeitsverhältnisses überhaupt nicht mehr. Die Sicherheitsmänner oder Ausschußmitglieder haben sozusagen keinerlei Rechte mehr. Wie man hört, verzichten sie größtenteils auf Ausübung der ihnen nach den alten preußischen Gesetzen zustehenden Rechte. Es ist natürlich, daß die Bergarbeiter unter diesen Umständen von Groll und Unzufriedenheit gegen den neuen Arbeitgeber erfüllt sind. Zu der Rechtlosigkeit der Bergarbeiter traten in den letzten Monaten wesentliche Lohnkürzungen um 4—6 Franken je Schicht und überaus harte Bestrafungen in Geld und Ablegungen. Dieses alles neben den durch die stockende Konjunktur eingelegten Feierschichten.

Bezeichnenderweise erhielten die Beamten keine Kürzung im Einkommen. Sie werden an die Reihe kommen, wenn die Arbeiter sich mit ihrer Lage abgefunden haben. Dann freut sich wieder ein Teil, wenn es dem anderen schlecht ergeht. Sie verstehen es, die Franzosen, das muß man ihnen lassen, stets einen Teil zufrieden zu haben, wenn sie mit einem anderen Teile im Kampfe liegen. Die deutschen Beamten benötigen sie auch jetzt noch vermutlich im Saargebiet für ihre Zwecke, weil bei einer etwaigen Besetzung des Ruhrgebiets sicher eine Anzahl Ingenieure aus dem Saargebiet im Ruhrgebiet Verwendung finden dürften.

Auf den Büros haben die Franzosen im Laufe des letzten Jahres überall französisches Personal in erheblichem Umfange eingestellt. Und man hat den Eindruck, daß die französische Bergverwaltung systematisch dahin arbeitet, die deutschen Beamten entbehren zu können."

Soweit unser Saarbrücker Bergbeamter. Seine sachlichen Schilderungen entsprechen in jeder Form der Wahrheit, ja sie finden sogar ihre Bestätigung in der französischen Presse in Berichten über die teure Grubenverwaltung im Saargebiet. Wie nämlich der „Eclaire de l'Est" in recht scharfer Weise zu melden weiß,

> gehen Gerüchte über skandalöse Vorfälle im Saargebiet und Defizits in der Minenverwaltung in der Höhe von 60—65 Mill. Franken. Früher erbrachten die Minen, so heißt es in dem genannten Blatt, „dem Deutschen Reiche bedeutende Mehrerträge, heute unter der französischen Verwaltung sollen sie im Defizit sein. Es wird hingewiesen auf Verbesserungen, die angebracht worden sind und auf Reparaturen aus der Kriegszeit,

die nachzuholen waren. Demgegenüber hat aber auch der Kohlenpreis sich bedeutend erhöht und die Ausbeute ist eine stärkere geworden.

Das Defizit wird in Verbindung gebracht damit, daß eine zu große Anzahl von Drückebergern am Budget der staatlichen Minen zehren und dasselbe auffressen. Eine wahre „Republik der Kameraden" hat sich im Saargebiet konstituiert. Die Versorgten rufen ihre Verwandten und ihre Freunde, und diese tun das gleiche, und wenn keine Stellen mehr da sind, schafft man neue. Die meisten der Angestellten sind ebenfalls Offiziere im Halbsold oder in Erwartung der Pension, frühere Sous-Präfekten, die zur Verfügung gestellt sind oder demissioniert haben usw. Alle diese Leute fahren in Autos herum und sind fett bezahlt, ohne daß man erfahren kann, wozu sie eigentlich da sind. Die durchschnittlichen Löhne betragen 18 000 bis 60 000 Franken im Jahre. Im Jahre 1920 hat die Verwaltung der Saarminen für 7 Millionen Franken Automobile gekauft. Darin ist der Ankauf von Camions für ein Drittel einbegriffen. Der Rest hat gedient zum Ankauf der zahlreichen Staats-Automobile. Im ersten Trimester 1921 hat man 400 000 Franken für denselben Sport geopfert. Man kann wohl sagen Sport, denn viele ehemalige Offiziere gebrauchen das Auto nur zu ihrem Vergnügen, wenn nicht ihre Dienstboten sich dessen bedienen, um ihre Einkäufe zu besorgen."

Das Blatt verlangt entschiedenes Eingreifen, um dieser Geldverschleuderung Halt zu gebieten und dem Skandal im Saargebiet ein Ende zu machen.

So sieht also die Wahrheit aus über das Saargebiet und über die Saargruben, welch letztere unter der Verwaltung des preußischen Staates einen Aufschwung genommen haben, wie er gewaltiger und nachhaltiger nicht ausgedacht werden konnte. Gerade das wichtigste und arbeitsreichste Gebiet, das Saargebiet, hat sich während seiner Zugehörigkeit zu Preußen zu ganz ungeahnter Entwicklung erhoben. An dieser Tatsache können alle französischen Lügen nichts ändern.

Ein Teil der deutschen Presse hat erfreulicherweise mit Recht scharfen Widerspruch gegen die französischen Unwahrheiten und unverhüllten Annexionsabsichten erhoben, und wir haben wiederholt konstatieren dürfen, daß das Interesse unseres gesamten Vaterlandes für das Saargebiet immer reger wird. Die ganze Welt aber muß über den Völkerbundsabsolutismus an der Saar aufgeklärt werden! Die ganze Welt muß es wissen, wie im Saargebiet ein Fünfmännerkollegium als Treuhänder des Völkerbundes zugunsten Frankreichs eine unerhörte Gewaltherrschaft ausübt. Dieses französische Fünfmännerkollegium — der einflußlose Saardeutsche Dr. Hector kann nicht mitzählen — verwaltet das ihm als unparteiisch anvertraute Land nur und allein im Interesse Frankreichs! Es gibt für Frankreich nur dies eine Ziel, das urdeutsche Saargebiet seiner Kohlenschätze wegen in den 15 Jahren an Frankreich zu bringen, gleichgültig mit welchen Mitteln, ob mit Lüge und Unwahrheit oder mit Gewalt. Deutsche Männer und Frauen, vernehmet daher von neuem und immer wieder den Hilferuf und den Notschrei:

Unser Saargebiet ist in Gefahr!

. . . Ein zermalmendes Kriegsunglück. — — Aber schlimmer als dieser Krieg war der Frieden, der folgte. Ich rede nicht von der äußerlichen Not, die er mit sich führte, ich rede von der traurigen Gewöhnung, die er schuf, das Unwürdige zu dulden. Eine Gewöhnung, die so weit ging, daß in vielen Gemütern . . . der Wunsch und die Hoffnung auf einen besseren und würdigeren Zustand verloren ging. In vielen war nur noch der Gedanke lebendig, wie man sich dem fremden Joch am bequemsten fügen könne. Andere aber, die noch nicht die Hoffnung auf eine bessere Zeit aufgeben wollten, worin gefielen sie sich, in was suchten sie die Rettung? In Lug und Trug. Ihr Tun wurde Heuchelei, und um die drohendste Gefahr zu vermeiden, zeigten sie Freundschaft und baten um solche, wo sie doch nur verachten und verabscheuen konnten. Jene Schamlosigkeit war da, die um des Lebens willen jeden edleren Zweck des Lebens hintenansetzt oder vergißt.

Vor dem Sturm,
Roman aus dem Winter 1812 auf 1813 von Theodor Fontane.
(Bruchstück aus einer Predigt des Pfarrers Seidentopf.)

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Feindesgeißeln ohne Zahl
Peitschen dir den Leib zu Stahl;
Aus der Seele heißem Schmerz
Gieße dir ein Herz aus Erz.

In Genf sollte am 20. Juni die Entscheidung über die nachdrücklichen

Beschwerden der deutschen Reichsregierung

in den Fragen der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet, der Ausübung französischer Militärgerichtsbarkeit, der Ausweisungen und der Frankeneinführung der Regierungskommission „unparteiisch" erfolgen. Es war wieder eine Harlekinade.

Die Entrechtung des Saargebiets

ist sanktioniert durch den Völkerbund, der das Land „zu treuen Händen" verwalten soll. Mit der öffentlichen Meinung der ganzen Welt wird ein unwürdiges Spiel getrieben. Der Völkerbund läßt es sich angelegen sein, unter

Bruch des Vertragsrechtes

die Französierung des Saargebietes zu fordern. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Genfer Tagung seien hier die vorzüglichen Ausführungen der „Germania" wiedergegeben:

Zum Zwecke der Rechtfertigung hatte man eigens den Präsidenten der Regierungskommission für das Saarbecken, V. Rault, nach Genf berufen. Welchen Ausgang die Beratungen nehmen mußten, war von vornherein klar. Sie konnten nur damit enden, daß der Rat des Völkerbundes vollkommen auf die Seite seines Ablegers im Saargebiet trat und somit sämtliche deutschen Proteste abwies. Diese neue Vergewaltigung des im Friedensvertrag festgelegten deutschen Rechtes ist ein weiteres Glied in der Leidenskette des deutschen Saarvolkes.

Die erste zu behandelnde Frage war die der

örtlichen Gendarmerie.

Rault vertrat dabei den Standpunkt, daß es unmöglich sei, im Saargebiet eine lokale Gendarmerie von 4000 Mann, wie sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe mindestens notwendig sei, zusammenzubringen. Das ist eine

Irreführung der öffentlichen Meinung.

Oder glaubt die Regierungskommission etwa, die zahlreichen Proteste aus Bürgertum und Arbeiterschaft gegen die Existenz französischer Truppen im Saargebiet seien erhoben worden, ohne daß man sich darüber klar war und ist, daß es sehr gut möglich ist, aus der Bevölkerung heraus die Gendarmerie zu bilden? Und schließlich die Kosten. Es ist in der Tat sehr rührend, wie Herr Rault plötzlich für die

jämmerlichen Finanzverhältnisse im Saargebiet

besorgt ist. „Die Kosten einer Gendarmerie sind für das kleine Ländchen unerträglich." Frankreich wird also die Kosten tragen, die in letzter Linie doch das deutsche Mutterland zu bezahlen hat.

Für den Kenner der zerfahrenen Verhältnisse bedeutet es eine Verdrehung der Tatsachen, die Okkupationstruppen als Gendarmerie abzustempeln. Es ist ferner eine direkte

Verfehlung gegen den Friedensvertrag,

der im § 30 des Kapitels 2 der Anlage nur eine „örtliche Gendarmerie" vorsieht. Die schwarzen Truppen können doch in gar keiner Weise als „örtliche Gendarmerie" ausgedeutet werden. Die Stärke und das bisherige Verhalten der Saartruppen haben vollends genügt, der Bevölkerung den Beweis dafür zu liefern, daß französische Soldaten in keiner Weise dazu geeignet sind, die Funktionen einer lokalen Gendarmerie zu erfüllen. Mögen Proteste über Proteste zurückgewiesen werden, die Beugung eines vertraglichen Rechtes wird schließlich doch einmal Sühne in der Geschichte finden. Nachdem die deutsche Reichsregierung schon mehrfach in ihrem Notenwechsel mit dem Quai d'Orsay auf die Unrechtmäßigkeit des Aufenthaltes französischer Truppen im Saargebiet mit Nachdruck hingewiesen hat, wird auch das neueste Manöver des Völkerbundsrates dieses offene Unrecht nicht in Recht verwandeln können.

Einen großen Teil der Verhandlungen in Genf nahm ferner die Erörterung der

Ausweisungen und die Gerichtsbarkeit

ein. Seitens der Regierungskommission ging man nur sehr oberflächlich auf diese überaus wichtigen Fragen ein. Präsident Rault sprach

nur von den 100 zur Zeit des Beamtenstreiks im August 1920 Ausgewiesenen, nicht aber von den Hunderten, die vorher und nachher noch das Saargebiet gezwungen verlassen mußten. Auch nicht von denen, die als Beamte von der Regierungskommission ihres Postens enthoben wurden und sich so auf die Straße gesetzt sahen, wenn nicht das deutsche Mutterland für sie gesorgt hätte. Dabei ist es ganz gleich, wer die Ausweisungen ausgesprochen hat. Es mutet sehr übel an, wenn der „Kommandant der Saartruppen" auch noch nach der Aufhebung des Belagerungszustandes Ausweisungen verfügt.

Rault versprach ferner die Rückkehr von Ausgewiesenen, sobald die Verordnung erlassen sei, wer als Saarbewohner zu gelten habe. Schon heute kann folgendes als bestimmt angesehen werden: Als Bürger des Saargebietes sind zu betrachten:

1. Alle Personen, deren Eltern zur Zeit der Geburt ihre gesetzmäßige Wohnung im Saargebiet hatten oder deren Eltern selbst im Saargebiet geboren wurden.
2. Alle Personen, die am 11. November 1918 ihren gesetzmäßigen Wohnsitz im Saargebiet hatten.
3. Alle Personen, die seit wenigstens drei Jahren ihren Wohnsitz im Saargebiet haben und während dieser Zeit dort Steuern bezahlt haben. Der Zeitraum von drei Jahren wird auf ein Jahr ermäßigt für die Personen, die öffentliche Aemter bekleiden oder nachweisen, daß sie gezwungen sind, im Saargebiet zu wohnen. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß künftig Personen, die als Bürger des Saargebietes erklärt sind, nicht mehr ausgewiesen werden können.

Der Absatz 3 der Verordnung verfolgt indessen ein Ziel, das nicht unaufgedeckt bleiben darf. Durch die unter 3 oben skizzierten Bestimmungen erwerben alle Franzosen, auch die Militärs, weil sie Gendarmen sind, das Bürgerrecht. Franzosen, die als Beamte tätig sind, können schon innerhalb eines Jahres „Sarrois" werden. Eine Gefahr für die deutsche Bevölkerung enthält ohne Zweifel der Schlußsatz: „.... Personen, die nachweisen, daß sie gezwungen sind, im Saargebiet zu wohnen". Das öffnet der fremdländischen, außerdeutschen Einwanderung Türen und Tore. Nachweisen, daß er im Saargebiet wohnen muß, kann jeder Franzose, schließlich auch der Schwarze; denn er ist ja „örtlicher Gendarm".

Die Einseitigkeit, mit der die Regierungskommission sich jeder besseren Einsicht verschließt, von der sie deutscherseits oft genug überzeugt wird, bestimmt leider immer wieder den Kurs der Saarregierungspolitik. Das deutsche Saarvolk ist vollkommen wehrlos und ohne einen Beschützer. Der Oberste Gerichtshof, die letzte gerichtliche Instanz, ist, wie bekannt, französisch orientiert. Daß die Militärgerichte endlich einmal aufgehoben werden, ist nachgerade dringend erforderlich. Leider verschwinden sie aber nur zum Scheine. Sie bleiben auch fernerhin bestehen für Verbrechen gegen die im Saargebiet befindlichen Truppen. Was aber haben

Militärgerichte

noch zu tun, wenn die Truppen zu einer örtlichen Gendarmerie gestempelt sind? Logisch wäre es, wenn diese berüchtigten Gerichte gänzlich abgeschafft und Vergehen gegen die „örtliche Gendarmerie" von den ordentlichen Gerichten bestraft würden.

Recht unklar sind die Auslassungen Raults über die Einführung der Frankenwährung, „die sich aus praktischen Gründen als unumgänglich notwendig erwiesen habe." Diese Notwendigkeit habe vorgelegen, „da fast die Hälfte der Bevölkerung des Saargebietes entweder auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages oder, wie der größte Teil der Arbeiterschaft (!!), auf eigenen Wunsch (!!) in Frankenwährung bezahlt würde." Diese Behauptungen Raults sind so ungeheuerlich, daß nur ein

schlechtes Gewissen den Präsidenten der Regierungskommission

zu einer derartigen Bemäntelung von Tatsachen trieb, die zudem eine Beleidigung der gesamten Bevölkerung, nicht zum mindesten der Arbeiterschaft in sich birgt. Herr Rault wird wohl am besten wissen, wie der Franken eingeführt wurde, nicht auf den Wunsch der Bewohner und Arbeiter hin, sondern einzig und allein durch das Machtwort der Regierungskommission, hinter der die französischen Bajonette blitzten. Mögen auch einzelne Verräter in den Reihen der deutschen Bevölkerung gewesen sein, das Gros hat niemals etwas von der Bezahlung in Franken wissen wollen, geschweige danach getrachtet. Ein typisches Beispiel für die Art der Einführung der Frankenwährung ist jene zweite Abstimmung unter den Eisenbahnern, die, obwohl sich eine erste offen gegen eine Aenderung der Währung ausgesprochen hatte, auf Grund der Machenschaften der Regierungskommission in Szene gesetzt wurde und, da nur ein ganz geringer Bruchteil der Abstimmungsberechtigten an der Abstimmung teilnahm, zudem noch mit einer geringen Mehrheit für die Einführung des Frankens sich entschied. Das ist die Basis für den „einmütigen" Willen der Bevölkerung, mit französischen Franken zu zahlen und bezahlt zu werden. Auch dieses Unrecht ist nur zu würdig seiner Urheber.

Zusammenfassend ergibt sich aus dem Entscheid des Völkerbundes klipp und klar, daß der Regierungskommission des Saargebietes alle Hände freigelassen sind und daß sie auf Grund ihrer Zusammensetzung die bisher verfolgte Gallisierungspolitik jetzt, nachdem sie der Völkerbundsrat sanktioniert hat, erst recht und wahrscheinlich noch rücksichtsloser zur Durchführung bringt als vordem. Dem deutschen Volk an der Saar steht noch eine lange Leidenszeit bevor, ehe der Tag der Erlösung naht!

Wir sehen also, daß all diese wichtigen Lebensfragen ohne Mitwirkung der Saarbevölkerung in Genf entschieden sind. Die sozialdemokratische Partei des Saargebiets hat noch in letzter Stunde ein Telegramm an den Völkerbundsrat gerichtet, die dringendsten Forderungen der deutschen Gesamtbevölkerung des Saargebietes:

1. Sicherstellung des Heimatrechtes,
2. Rückkehr aller Ausgewiesenen,
3. Entfernung der Truppen

zu erfüllen. Auch die Zentrumspartei hatte einen gleichen Entschluß gefaßt. Aber — Gewalt geht vor Recht! Es kommt dem Völkerbundsrat wie der in französischem Fahrwasser schwimmenden Saarregierungskommission eben nicht darauf an, die Bestimmungen von Versailles zu erfüllen, sondern man zieht sich jetzt, da die Sache den französischen Interessen einen Strich durch die Rechnung zu machen in der Lage wäre, kraß auf den

Standpunkt des „Siegers"

zurück. Es muß erwartet werden, daß die Angelegenheit mit den wirklich sonderbaren Auslegungen der Saarregierungskommission in Genf noch nicht ihre Erledigung gefunden hat, und daß die deutsche Regierung das Recht Deutschlands auf das Saargebiet mit aller zu Gebote stehenden Energie weiter verteidigt, unterstützt von der deutschen Presse und dem gesamten deutschen Volk.

Die neue Modifikation des Begriffes „Saargebietsbewohner",

wie sie in Genf gegeben wurde, ist aus staatsrechtlichen Gründen genau so unannehmbar, wie der erste von uns wiederholt scharf kritisierte Entwurf. Nach dem Friedensvertrag ist das Saargebiet keine staatliche Neubildung. Grundlegend dafür, wer als Bürger des Saargebiets zu gelten hat, ist das Gesetz über das Heimatsrecht, über den Unterstützungswohnsitz und über die Erwerbung der Staatszugehörigkeit. Alle Deutelungen, Umformungen und Verordnungen, die dem widersprechen, sind und bleiben gesetz- und vertragswidrig! Sie sind eine

Profanierung der Gefühle und innersten Wünsche der Saardeutschen.

Diese wollen nicht auf das „Wohlwollen" der Regierungskommission angewiesen sein, denn im Saargebiet weiß man von diesem Wohlwollen ein Lied zu singen. Man weiß genau, was der Zweck dieser neuen Verordnung ist. Er ist der, allen Ausländern das Stimmrecht zu den Gemeinde- und Kreisparlamenten zu geben, um auf diese Weise die Willensmeinung des deutschen Bevölkerungsteiles zu majorisieren, die Politik in den Gemeinde- und Kreisparlamenten in französischem Sinne zu beeinflussen, um so die Bevölkerung für die Abstimmung nach fünfzehn Jahren in einem für Frankreich günstigen Sinne gefügig zu machen.

Auch die hinkenden Ausführungen Raults über die französischen Truppen im Saargebiet weisen

ein Loch in der Rechnung

auf, wie die Saarbrücker „Volksstimme" sehr treffend bemerkt. Er sagte, die französischen Truppen im Saargebiet — deren Zahl von ihm selbst mit 7000 Mann angegeben wurde — seien deshalb notwendig, weil es nicht möglich sei, die Saargendarmerie auf den erforderlichen Stand von 4000 Mann zu bringen. Notwendig sind seiner Angabe nach zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet 4000 Mann Gendarmerie. Anwesend sind aber 7000 Mann Truppen. Wozu befinden sich die überschüssigen 3000 Mann im Saargebiet?? Es heißt dann in der „Volksstimme" weiter:

„Die Gendarmerie und die Schutzmannschaft veranschlagen wir auf nur 1000 Mann. Und ferner: die Truppen sind mit allen militärischen Kampfmitteln (Artillerie usw.) ausgerüstet, welche ihre Aktionsfähigkeit im Vergleich zur friedensvertragsmäßigen Gendarmerie um ein Vielfaches erhöhen. Genügen 4000 Mann Gendarmerie ohne die Großkampfmittel und stellt man die vorhandenen 1000 Mann Sicherheitsdienst neben den Großkampfmitteln in Anrechnung — wieviel französische Truppen von den angegebenen 7000 Mann sind dann überhaupt noch erforderlich?? Sind nicht mindestens 5000 Mann überflüssig, zumal ja Forbach so nahe liegt? Warum sind diese 5000 Mann hier? Haben wir keine Wohnungsnot, und könnten wir die Kasernen, die Offiziersquartiere nicht dringend für die Bevölkerung brauchen? Wir geben uns zwar nicht der Hoffnung hin, daß die Regierungskommission auf die gestellten Fragen, die etwas kitzlicher Natur sind, Antwort geben wird; angesichts der Anerkennung, welche der Völkerbundsrat dem Präsidenten Rault für das der Saargebietsbevölkerung erwiesene „Wohlwollen" ausgesprochen hat, fühlen wir uns aber doch verpflichtet, ihn aufmerksam zu machen, daß er dieses Wohlwollen erneut durch eine Tat zu beweisen vermag, wenn er das „Loch in der Rechnung" richtig ausgleicht, nämlich: durch Reduzierung der Truppen auf das rechnerisch einwandfreie Maß!"

Während vor einem befangenen Kollegium sich die Regierungskommission in Genf „glänzend" rechtfertigte, gingen den Kreistagen des Saargebiets zwei weitere umfangreiche Verordnungsvorlagen von außerordentlicher Wichtigkeit zu. Die eine betrifft die Zusammenfassung der Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot, die andere befaßt sich mit der

Aenderung bayerischer und preußischer Justizgesetze.

Die Aenderungen betreffen das Gerichtsverfassungsgesetz, Bürgerliches Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Zivilprozeßordnung, Konkursordnung, Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Grundbuchordnung, Strafgesetzbuch, Strafprozeßordnung, preußisches Gesetz betreffend Forstdiebstahl, Forststrafgesetz der Pfalz, preußische Jagdordnung, Vogelschutzgesetz, Gesetz betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen, Gesetz betreffend Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft, Rechtsanwaltsordnung, preußisches Gesetz betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, Gesetz betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Das deutsche Gerichtsverfassungsgesetz ist dahin abgeändert, daß von den Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes nicht eine genaue Kenntnis des deutschen Rechtes, sondern lediglich der Nachweis eines abgeschlossenen Studiums irgendeines ausländischen Rechtes verlangt wird! Im übrigen sind die Geldstrafen vielfach ums Fünffache hinaufgesetzt worden. Die Regierungskommission selbst schützt sich durch schwere Strafandrohungen gegen gewaltsame Auseinandersprengung und gewaltsame Entfernung ihrer Mitglieder. Von besonderer Bedeutung ist die Beseitigung der Paragraphen 11 und 12 des deutschen Strafgesetzbuches, welche die Immunität der gewählten Volksvertreter wahren und der Presse die Wahrung berechtigter Interessen zuerkennen. Bedenklich sind ferner die Bestimmungen, die Verstöße gegen die im Saargebiet stationierten Truppen unter Strafe stellen. Damit werden die französischen Besatzungstruppen auch gesetzlich durch die Regierungskommission im Saargebiet anerkannt! Das neue Strafgesetz für das Saargebiet kennt auch das Rechtsmittel der Ausweisung auf Grund eines Gerichtsbeschlusses.

Nach § 23 der Anlage zu den Bestimmungen über das Saarbeckengebiet bleiben die Gesetze und Verordnungen, die am 11. November 1918 in Kraft waren, bestehen. Nur zwei Ausnahmen ermöglichen gesetzliche Aenderungen: Einmal Gründe der allgemeinen Ordnung, nicht etwa der Unordnung, und sodann die Notwendigkeit, bestehende Gesetze mit den Bestimmungen des Friedensvertrages über das Saarbecken in Einklang zu bringen. So sehr man auch bemüht sein will, die erlassenen Gesetzesänderungen aus diesen Bestimmungen des Friedensvertrages herzuleiten, die Prüfung hält nicht stand. Ordnung herrscht nur dort, wo die Gesetze dem Volksleben entsprechen, vom Volke aufgenommen und verstanden werden. Nicht gegen, sondern für das Volk und mit ihm, mit seiner Zustimmung kann das Rechtsleben gedeihen. Jede autokratische Maßnahme schafft Unfrieden und Unordnung.

Der Kreistag St. Wendel, der sich zuerst mit diesen Verordnungsentwürfen befaßte, hat in einer Entschließung u. a. folgendes einstimmig angenommen:

Es ist unmöglich, in der kurzen Zeit eine eingehende Stellungnahme zu den Verordnungen stattfinden zu lassen, und wir bitten daher um eine Fristverlängerung von vier Wochen. Wir bitten dringend, daß in Zukunft die Zeit zwischen dem tatsächlichen Zugehen der Verordnungen und der Beschlußfassung mindestens sechs Wochen beträgt.

Die Saarregierung möge den Kreistagen gestatten, sämtlich in Saarbrücken zusammenzutreten zu einer gemeinsamen Sitzung, da eine gesonderte Anhörung der Kreistage nur eine Zersplitterung der Kreistage zur Folge hat.

Und im Stadtparlament in Saarbrücken führte der Rechtsanwalt Steegmann aus:

„Die Verordnungen sind uns so zugegangen, daß wir nun glücklicherweise vier Tage in ihrem Besitze sind. Ich will der Regierungskommission zugeben, daß ein beschleunigtes Tempo bei der Wohnungsverordnung am Platze ist, ich kann das aber nicht zugeben bezüglich der Verordnung der Justizgesetze. Diese Verordnung enthält eine Reihe hochwichtiger Gesetze, die zur Begutachtung umfangreiche Studien, namentlich der Fachleute, in den einzelnen Körperschaften erfordern. Meines Wissens haben sich acht bis zwölf Herren der Regierung monatelang mit diesem Gesetzentwurf befaßt. Man verlangt nun von uns, daß wir ein solches Gutachten in zwei oder drei Tagen abgeben. Wir dürfen uns eine solche Zumutung unter keinen Umständen gefallen lassen und weisen ein derartiges Ansinnen ganz entschieden zurück. Die Begutachtung solcher Gesetzentwürfe ist das einzige staatspolitische Recht, das wir nach dem Friedensvertrag besitzen. Wir müssen darauf bestehen, daß wir es ordnungsmäßig ausüben können. Dazu ist ein reichliches Maß von Zeit erforderlich, zumal wir noch einen Beruf auszuüben haben. Des weiteren kann der Weg, vernünftige Gesetze zu schaffen, niemals der sein, wenn die verschiedenen Kreisparlamente und Stadtverordnetenversammlungen in Saarbrücken, Ottweiler und St. Wendel und wer weiß wo sonst noch darüber getrennt verhandeln. Wir wollen in einem geschlossenen Parlament von Vertretern der gesamten Saarbevölkerung in Gemeinschaft mit der Regierung verhandeln. Wir stellen den Antrag an die Verwaltung, die Regierungskommission zu ersuchen, bei Begutachtung von Gesetzentwürfen in den betreffenden Körperschaften mindestens eine Frist von 4 bis 6 Wochen zu gewähren, zweitens eine Volksvertretung zu schaffen, die in gemeinschaftlicher Beratung diese Begutachtungsarbeit leistet.

Auch die übrigen Kreistage sprechen sich

gegen diese Hetzpeitschenwirtschaft

der Regierungskommission aus. Das Obergericht in Saarlouis, das von niemandem gewünscht und bei allen schon von vornherein verhaßt ist, soll nach neuester Meldung seine Tätigkeit am 10. Juli aufnehmen. Wenn es ohne die obigen Gesetzesverordnungen seine Tätigkeit nicht in Angriff nehmen will, dann soll es, nachdem es ja bereits einige Monate im dolce far niente vegitiert hat, auch noch die Sommermonate hindurch in Urlaub gehen. Es wird ihm niemand übelnehmen, keiner wird ihm eine Träne nachweinen und außerdem „bekömmt es ihm auch ganz gut" allem Anschein nach.

Nachdem die Grenzregulierungskommission bis auf Unwesentliches ihre Arbeit verrichtet hat, beschäftigte sich am 20. Juni der Neunerausschuß des Reichstags mit dem Gesetzentwurf über die

Festsetzung der Grenzen des Saargebiets.

Nach den Darlegungen des Berichterstatters bestand die Gefahr, daß der zur Gemarkung Jägerhof gehörende und in bayerischem Besitz befindliche Gestütshof Eichelscheiderhof und die Dörfer Sand und Bruchhof, zusammen 11 000 Einwohner, die zur Gemeinde Homburg gehören, zum Saargebiet geschlagen werden. Die Einwohner dieser Dörfer hatten den Wunsch, bei Bayern bleiben zu dürfen. Zum Ausgleich sollen zwei Landstreifen bei den Dörfern Greifenberg und Keuchingen und die Gemeinde Rechenberg aus wirtschaftlichen Gründen ins Saargebiet einbezogen werden.

Es mehren sich die Klagen über die oft mehr als gründliche Art der deutschen Zollbeamten gegen die ins Saargebiet reisenden Personen. So wird uns kürzlich aus Serrig berichtet, daß dort ein Zollbeamter mit den Franzosen liebäugelnd diesen durch schikanöses Vorgehen eifrig Vorspanndienste leistet. Es muß Sache der Zollbehörde sein, solche unzuverlässigen Elemente von einem derartigen, immerhin wichtigen Posten zu entfernen.

Sie machen böses Blut und schaden dem deutschen Ansehen ganz erheblich.

Die französisch-wirtschaftliche Durchdringung

des Saargebiets wird weiter von allen französischen Kreisen mit Eifer gefördert. Als neuestes ist zu verbuchen, daß nach langwierigen Verhandlungen durch Uebergabe des größeren Teiles des Aktienbesitzes in französische Hände die bisherige Elektrizitäts- und Gasvertriebsgesellschaft Saarbrücken in die Saarland-Lothringen-Elektrizitäts-Gesellschaft umgewandelt worden ist. Die bisher vertretenen kommunalen Körperschaften, Stadt- und Landkreis Saarbrücken, Bürgermeisterei Bischmisheim, Stadt Saargemünd behalten durch je ein Mitglied im Aufsichtsrat Sitz und Stimme. Zurzeit schweben Verhandlungen wegen Angliederung des im Saargebiete liegenden Teiles der Pfalzelektrizitätswerke.

Ferner ist die Französisch-Saarländische Handelskammer intensiv bestrebt, die saardeutschen Firmen in ihre Netze zu ziehen. So fordert sie Firmen, die ihre Vertretung in Frankreich zu vergeben wünschen, sowie Kaufleute, die Vertretungen französischer Häuser zu übernehmen wünschen auf, sich an sie zu wenden.

Hierher gehört auch die Mitteilung der frankosaarländischen Handelskammer, wonach eine Verfügung erlassen worden ist, derzufolge vom 25. Juni ab

Postanweisungen in französischer Währung

im inneren Saarverkehr bis zum Höchstbetrage von 1000 Franken für eine Anweisung zugelassen sind. Auch hier tritt die

Systematik in der Abschnürung

des Saargebietes vom Reiche deutlich in Erscheinung. Ein charakteristischer, gleichfalls hierher gehöriger Zug ist der, daß offenbar auf eine Anweisung von oben herab an den Bahnschaltern bei Zahlung mit deutschem Gelde andauernd Schwierigkeiten gemacht werden. Dieser Zustand erregt bei den ohnedies hart bedrängten Saardeutschen Empörung. Die deutschnationalen Abgeordneten van den Kerckhoff und Laverrenz haben deswegen eine Anfrage an den Reichstag gerichtet.

Erfreulich ist es immer wieder, wenn man sieht, wie sich die Bevölkerung gegen die Allgemeineinführung der Franken streng ablehnend verhält, trotzdem ihr doch wahrhaftig genügend Köder hingeworfen werden. Die richterlichen Beamten haben sich in diesen Tagen ganz entschieden gegen eine Gehaltsbemessung in Franken ausgesprochen, und die von franzosenfreundlichen Subjekten unter den Gemeindearbeitern in Dudweiler geforderte Frankenentlohnung ist elend ins Wasser gefallen.

Mit der Frankenfrage steht natürlich der

Preisabbau

in innigstem Zusammenhange. Aus den Verhandlungen der Oberpreisprüfungskommission am 19. Juni ist die Bemerkung beachtenswert, daß nach wie vor Lebensmittel und sonstige

Lebensbedürfnisse im Saargebiet wesentlich teurer

sind als im unbesetzten, aber sogar auch als im besetzten Deutschland. Klage wird geführt über Schmiergelder bei der Bahn und man kommt zu dem Ergebnis, daß eine Beseitigung der Preisüberwachung in absehbarer Zeit nicht möglich sei. Warum? Wegen des Frankens. Aus diesem Grunde hat auch die sozialdemokratische Konsum- und Spargenossenschaft in Saarbrücken den Konkurs anmelden müssen. Kursschwankungen und ungünstiger Einkauf machen Handel und Industrie kaputt.

Das Saarbrücker Pflaster ist nicht nur im eigentlichen Sinne des Wortes ein „teures" Pflaster, es ist noch dazu an vielen Stellen ein schlechtes, einer Großstadt unwürdiges Pflaster. Zur öffentlichen Ordnung und Sauberkeit ist halt kein Geld da, wie die Löcher und Pfützen in dem Knackmandelpflaster von Saarbrücken beweisen. Schmutz und Unrat, Papier und Abfall säumen die Straßen, in denen der Sohn der „grande nation" theatralisch seine Pfauenfedern spreizt.

Alt-Saarbrücken.

Neulich berichteten wir, daß die Saarregierung den Lehrern ganz erhebliche Zuschüsse gewährt, wenn sie zu Studienzwecken Urlaub nach Frankreich nehmen wollen. Heute das Gegenstück: Auf ein Ansuchen saarpfälzischer Lehrer um Erlaubniserteilung zum Besuch der in Kaiserslautern stattfindenden Hochschulkurse (Ferienkurse) wurde erwidert, daß Urlaub während der Schulzeit zum Besuch eines Kurses außerhalb des Saargebietes (siehe Verordnung über Urlaub nach Frankreich!) grundsätzlich nicht erteilt werde. —

Eine ganz unwürdige Rolle

spielt wie im Innern Deutschlands so auch im Saargebiet der Kommunismus. Hier sind die Kommunisten den französischen Drahtziehern höchst willkommen und als Schrittmacher des französischen Militarismus mehr als gemeingefährlich. Gegenwärtig zieht eine Abordnung von ihnen nach Rußland, um sich von dort der Weisheit höchste Lehren zu holen. Hoffentlich kehren die Sondergesandten gesund zurück, vor allen Dingen gesund an Geist!

Vom Saarkommunismus, dem bescheidenen aber giftigen Blümchen, zur

französischen Saarpropaganda

ist nur ein Schritt. Mit Sport und Musik hofft man das Rennen zu machen. „Union sportive", „Saarolympia" und jetzt „Gesangverein der Elsaß-Lothringer". Viel Pomp und kitschige Reklame, man bläst ins große Horn; Aufführung „klassischer" Stücke (französisch, italienisch und auch — deutsch), keine Beitragszahlung! Na, man kann da ohne Sorge sein; so dumm dürfte kein Blinder im Saargebiet sein, daß er nicht mit dem Krückstock herausfühlte, was für ein Zweck mit diesem Gesangverein verfolgt wird.

Auch der Verein ehemaliger Fremdenlegionäre rührt die Werbe-Trommel. Durch Zuwendungen der französischen Kolonie hat er jetzt eine Fahne erhalten, die zur Besichtigung in einem Ladenlokal der Bahnhofstraße in Saarbrücken ausgestellt ist. Die erste Bedingung ist natürlich, daß ein Verein eine Fahne hat. Das ist eine uralte Weisheit. Vorläufig aber ist der Verein noch so groß, daß man ihn mit dem Fahnentuch der „Trikolore" zudecken kann!

Ottweiler: Holzberg mit Lehrerseminar.

Wir dürfen es in diesem Zusammenhange nicht versäumen, wieder einige

Verräter am Volk

an den Pranger zu stellen. Der Oberpostverwalter Lampel in Zweibrücken, ein bekannter Französling, der bei der Napoleonsfeier in Zweibrücken dem Vorbeimarsch der Marokkaner mit entblößtem Haupte beiwohnte, ist von der Saarregierung in den Postdienst des Saargebietes berufen worden. Diese Berufung dürfte Lampel sehr gelegen kommen, da er sich durch seine Charakterlosigkeit bei der Zweibrücker Bevölkerung unmöglich gemacht hat. Er ist ein würdiges Gegenstück zu dem Bezirkshauptmann Dr. Maurer in St. Ingbert und zu dem Polizeiinspektor Dörfert in Saarbrücken, welch letzterer sich sehr um die welsche Gunst bemüht. Der Mann ist unter französischem Regime außerordentlich schnell vom einfachen Schutzmann zum Polizeiinspektor befördert worden!

Unter der Herrschaft solcher Leute können natürlich Verbrecher, Schurken und ähnliches Gesindel ihre Orgien feiern. Der „Vorwärts" berichtete kürzlich wieder über zunehmenden

Mädchenhandel:

„Unter der Vorspiegelung, daß sie Stellen als Hausangestellte, Putzmacherinnen, Hauslehrerinnen, Kontoristinnen erhalten, werden sie in das besetzte Gebiet und vor allem auch in das Saargebiet gelockt, wo sie den für die französischen schwarzen Kolonialtruppen eingerichteten Bordellen überantwortet werden Soeben wurde ein Trupp von fünf jungen Mädchen, der nach der Pfalz gehen sollte, in Frankfurt a. M. angehalten. Man nimmt an, daß auf diesem Wege bisher etwa 400 Mädchen ins besetzte Gebiet verschleppt worden sind. Ihr Los ist ein unsagbar schreckliches, ihr leiblicher und seelischer Untergang gewiß.

Auch

Mord, Totschlag und Vergewaltigung

sind an der Tagesordnung. So wurde das vier Jahre alte Töchterchen von Paul Wittmer in Saarlouis am 14. Mai in Saarlouis bei der Kaserne 10 von einem farbigen Soldaten, der das Kind durch Schokolade an sich gelockt hatte, vergewaltigt und schwer verletzt. Was sagt Herr Barthou dazu?

Ferner wurde am 5. Mai in der Nähe der Garnisonbäckerei in Freudenberg ein Mann namens Johann Ebelshäuser aus Saarwellingen im Wortstreit von einem „Ausländer" (natürlich Franzosen) einfach erstochen. Viel zu fürchten haben diese Leute nicht. Wenn es allerdings den Umständen nach einmal gar nicht anders geht, dann wird ja auch mal so ein Mörder und Bandit verurteilt, doch sind diese Fälle — wie jüngst in Saarbrücken wegen Raubüberfall — äußerst selten. Dann aber wird gehörig Reklame damit getrieben.

Für Franzosenköpfe ist es selbstverständlich, daß, wenn morgen die Chinesen sich einen Papst wählen wollten, die Deutschen natürlich daran schuld sind; um wieviel mehr muß also der Deutsche schuld sein, wenn sich in seinem eigenen Lande ein Franzose Uebergriffe erlaubt.

Ein Moloch bedräulichster Art ist die jetzt so oft hörbare Wortprägung von der

Würde der Besatzungstruppen.

„Sie ist," schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", „der sehr dehnbare Begriff, der alle Gewaltakte der französischen Soldateska an der wehrlosen Bevölkerung der besetzten Gebiete in den Augen der Welt rechtfertigen soll. Wegen Verletzung dieser sogenannten „Würde" werden täglich in die Hunderttausende gehende Geldstrafen verhängt, werden friedliche Bürger eingesperrt und ausgewiesen, werden Zeitungen gemaßregelt. Die Würde der Besatzungsarmee wird selbstverständlich nicht verletzt, wenn Schülerinnen auf der Straße in unsittlicher Weise von betrunkenen Soldaten beleidigt werden. Der verletzt sie aber, der diesen Vorgang registriert. Denn selbstverständlich kennt

der französische Größenwahn

nur die eigene Würde, dem die Ehre eines vertierten Senegalnegers ungleich höher steht, als die einer großen Nation. Den Zeitungen ist es denn auch strengstens untersagt, irgend etwas zu drucken, das sich direkt oder indirekt gegen die Besatzung richtet und das geeignet sein könnte, die „Würde" dieser Besatzung zu verletzen. Selbst die Kritik an der hohen Politik der Entente und dem Verhalten der Franzosen in Oberschlesien ist mit der Würde der Besatzungsarmee nicht vereinbar, denn es sind Zeitungsverbote auch dieserhalb schon ergangen.

Merkt man denn drüben in dem „freien" Frankreich nicht, welch schlechter Dienst der Zivilisation mit dieser rückständigen Unterdrückungspolitik, mit der verschrobenen Auffassung von der „Würde" erwiesen wird?

Das überhebliche Verhalten der französischen Besatzungskommandeure

ist sehr wenig geeignet, jenes gar nicht vorhandene Prestige zu stützen, mit dem man dem wehrlosen Unterdrückten so gern imponieren möchte. Und er imponiert nicht, der Mißbrauch der Gewalt einem Wehrlosen gegenüber, sondern er macht sich auf die Dauer nur lächerlich. Bilder, die auf einen humoristischen

Ostschacht der Grube Maybach.

Oberlinxweiler.

Kinderbilderbogen gehören, sind es, die mit komisch wirkendem Ernst sich dem Betrachter täglich darbieten. Von den bis an die Zähne bewaffneten „Helden" inmitten einer Schar spielender Kinder angefangen bis zu der Komödie der Militärgerichtsbarkeit, die die verletzte — an der es doch so wenig zu verletzen gibt — „Würde" der Besatzungsarmee mit drakonischer Strenge ahndet.

Die französische Pressepropaganda im Saargebiet.

(Schluß.)

Auch die französische und belgische Presse wird von der französischen politischen Propaganda dazu benutzt, um Resonanzboden abzugeben. Als im vergangenen Herbst die Führer der Freien-Pfalz-Bewegung, Dr. Haas und Konsorten, wieder auftauchten und ihren berüchtigten Brief an Millerand schrieben, wurde dies sofort an die französische und belgische Presse gemeldet, um so den Eindruck vorzutäuschen, als handle es sich um eine große Bewegung in der Pfalz, während alle Eingeweihten wußten, daß die Frei-Pfalz-Leute eine einflußlose Gruppe von 20 bis 30 Menschen darstellten. Gerade dieses Beispiel ließ übrigens auch erkennen, wie die französischen Propaganda-Organe sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Die Nachricht erschien im „Echo du Rhin" und wurde begeistert kommentiert in der „Rheinischen Republik" des Herrn Smeets. Die Erläuterungen zu dem Schreiben von Herrn Emmerich erschienen, mit vielem Verständnis aufgenommen, im „Neuen Saar-Kurier". Und diese beiden deutschgeschriebenen Franzosenblätter wandern sicher als Belegexemplar an die Zentrale des französischen Propagandadienstes nach Paris, als Zeichen der tüchtigen Arbeit der Herren in Mainz und Saarbrücken, zu denen sich neuerdings noch einer in Boppard gesellt, von wo aus das amerikanische Besatzungsgebiet für die französische Propaganda erobert werden soll.

Die deutschen Zeitungen selbst sind natürlich ein Propagandamittel, dessen sich die Franzosen infolge ihrer gegenwärtigen Machtstellung mit größter Skrupellosigkeit bedienen. Sie zwingen sie zur Aufnahme von Artikeln franzosenfreundlichen Inhalts und verhindern sie im übrigen an jeder freien Meinungsäußerung und an der Besprechung aller Dinge, die den Franzosen irgendwie nicht genehm sein könnten. Auslassungen über die Verwendung farbiger Truppen, über die schikanösen Besatzungslasten sind den Zeitungen infolgedessen verboten, und wenn eine Zeitung es doch einmal wagt, derartige Auslassungen zu bringen, so wird sie durch Konfiskation und hohe Geldstrafen mundtot gemacht. Besonders bemerkenswert ist es, daß in den Wochen, als die Frage der Ablieferung der Milchkühe aktuell war, die Zeitungen des besetzten Gebietes gehindert wurden, irgendwelche Artikel über die in Deutschland herrschende Milchnot zu bringen, ja die sozialdemokratische Trierer Volkswacht wurde auf drei Tage verboten, weil sie einen Artikel in der „Humanité", also eines französischen Blattes, über die französischen Forderung der Auslieferung der Milchkühe gebracht hatte.

Nicht zufrieden mit der Beeinflussung deutscher Zeitungen haben sich die Franzosen selbst eine ganze Reihe von Preßorganen geschaffen, deren sie sich zur Durchsetzung ihrer propagandischsten Ziele bedienen. Bekannt ist die französische Propagandazeitung und Zeitschrift „Echo du Rhin" und die „Revue Rhénane", die beide in Mainz erscheinen. Das „Echo du Rhin" ist ein reines Militärblatt, ziemlich plump redigiert, dessen maßlose und gehässige Ausfälle gegen Deutschland nicht gerade dazu beitragen, der französischen Propaganda im Rheinlande die Wege zu ebnen. Wesentlich geschickter ist die „Revue Rhénane", ein literarisch reich ausgestattetes Blatt, das Stimmung für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich macht und den Rheinländern die Reize des französischen Geistes nahezubringen sucht. Daneben bedienen sich die Franzosen auch deutschgeschriebener Blätter, insbesondere der fast komisch wirkenden „Rheinischen Republik", die mit rührender Pünktlichkeit die Richtlinien befolgt, die seinerzeit General Gérard in seinem Bericht über seine Pfalzpolitik und seinen französischen Protest im Rheinlande aufstellte und der von dem Napoleonkult, über den Preußenhaß hin bis zur Beschimpfung des deutschen Heeres und der Konstatierung gelangt, daß der Rheinländer gar kein reiner Deutscher, sondern ein verdeutschter Franzose ist. Ein wesentlich geschickteres Organ der französischen Propaganda ist der „Neue Saar-Kurier", der den Untertitel „Nouveau Courrier de la Sarre" führt. Er weiß seinen franzosenfreundlichen Standpunkt besser zu verdecken als die „Rheinische Republik" und gefällt sich hin und wieder in sozialistischen und pazifistischen Phrasen. Jedem wirklichen Kenner der Verhältnisse aber wird es auffallen, daß das Blatt niemals einen deutschen, sondern immer nur den sogenannten „französisch-saarländischen" Standpunkt vertritt, der in Wirklichkeit nichts weiter als verkapptes Franzosentum ist. Der „Neue Saar-Kurier" wurde gleich nach dem Einzug der Franzosen von

Bliesbrücken.

einer G. m. b. H., deren Geschäftsführer ein Lothringer ist, gegründet und sucht den französischen Interessen auf alle Weise zu dienen.

Das Bild, das die französische Pressepropaganda im besetzten Gebiet darbietet, ist ein ganz besonders bedenkliches, und wenn dieser Propaganda bisher auch alle wesentlichen Erfolge versagt geblieben sind, so darf man doch die außerordentlichen Gefahren für die Zukunft nicht unterschätzen. Die systematische Bearbeitung einer Bevölkerung mit tendenziös gefärbten Nachrichten kann auf die Dauer schwerlich ohne alle psychischen Wirkungen bleiben.

Wir im unbesetzten Deutschland haben die Verpflichtung, den französischen Schlichen und Praktiken mit der genauesten Aufmerksamkeit zu folgen und die Atmosphäre erlogener Nachrichten, die die Franzosen über das besetzte Gebiet auszubreiten suchen, nach Möglichkeit zu zerstören. Das Traurigste und Groteske der ganzen Sache liegt übrigens darin, daß wir Deutschen den ganzen ungeheuer kostspieligen Propagandaapparat, den die Franzosen im Rheinland unterhalten, aus eigener Tasche bezahlen müssen. Wir müssen selbst dazu helfen, deutsche Kunst, deutsche Wissenschaft, deutsches Geistesleben in den Staub zu ziehen und mit Schmutz zu bewerfen, ein Zustand, der sich würdig den zahlreichen anderen Vergewaltigungen anreiht, die uns der sogenannte Friedensvertrag zugefügt hat. Aber jede Gewalt scheitert schließlich an sich selbst, und ein Volk, das den nationalen Willen nicht völlig verloren hat, das innerlich gesund ist, wird schließlich diese Bande psychischer Beeinflussung zu zerreißen wissen.

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

In der Sitzung des Kreistages Saarbrücken am 23. Juni standen neben einigen weniger wichtigen Punkten die Stellungnahme des Kreistages zu dem Verordnungsentwurf der Regierungskommission zur Milderung der Wohnungsnot sowie die Stellungnahme zu den Aenderungen der Justizgesetze. Man hat die Regierungskommission um eine Frist von mindestens vier Wochen für die Durchberatung der Gesetze ersucht. Betreffs der Lasten für die Errichtung einer Baracke für das französische Militär in Sulzbach wurde ein Antrag auf vorläufige Uebernahme der militärischen Aufwendungen der Gemeinde durch die Regierungskommission abgelehnt. In Verbindung damit protestierte der kommunistische Abgeordnete Schuber gegen den Aufenthalt der französischen Truppen im Saargebiet. — Die Diätenfrage bewegt gegenwärtig die Herzen der Stadtväter von Saarbrücken. Von sozialdemokratischer Seite ist der Antrag gestellt worden, jedem Stadtverordneten für seine Mühewaltung 1000 Mark Diäten im Jahr zu bewilligen. Das wären für die 60 Stadtverordnete 60 000 Mark Belastung für die Stadtkasse. Dieser Antrag kam nicht zur Durchführung, es wurde vielmehr beschlossen, daß denjenigen Stadtverordneten, die dem Arbeiterstand und den werktätigen Volksschichten angehören, der Ausfall an Lohn und Verdienst für die Teilnahme an Sitzungen rückvergütet werden soll. In der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juni kam der sozialdemokratische Antrag auf Zahlung einer Aufwandsentschädigung an alle Stadtverordneten wieder zur Verhandlung, und es wurden 20 Mark Diäten für jeden Stadtverordneten gefordert. Bei der Abstimmung durch Namensaufruf stimmte die ganze Linke für die Bewilligung, während Zentrum und Deutschnationale dagegenstimmten. Die Stadtverordneten der liberal-demokratischen Arbeitsgemeinschaft verließen bei der Abstimmung den Saal, so daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Oberbürgermeisters den Ausschlag gab und so der Antrag zu Fall kam. — Das Sondergericht des Saargebietes ist nach wie vor mit Schieberprozessen schwer überlastet, und das Schieberwesen blüht im Saargebiet in alter Frische. Wegen Spritschiebungen wurden der langjährige Generaldirektor der Karlsbergbrauerei in Homburg, Christian Weber zu 25 000 Mark Geldstrafe und seine beiden Mitangeklagten zu je 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. — Auch das Schöffengericht in Hermeskeil verurteilte einen Spritschieber zu 23 000 Mark Geldstrafe und 2 Monaten Gefängnis sowie einen mitbeteiligten Landwirt zu derselben Summe und 6 Monaten Gefängnis. — Vor der Strafkammer in Saarbrücken fanden auch die Verhandlungen gegen den ehemaligen kommunistischen Parteisekretär Heblich aus Saarbrücken statt, der — wie seinerzeit gemeldet — etwa 20 000 Mark Parteigelder unterschlagen hatte und ins rechtsrheinische Gebiet entflohen war. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis und seine Geliebte zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Straßenbahnen im Saargebiet kranken an chronischem Dalles. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die gewaltige Erhöhung der Fahrpreise das schlechteste Mittel war, um die Finanzen zu bessern. Die Stadt Saarbrücken hat jetzt wieder ein unverzinsliches Darlehen von 5 Millionen Mark bewilligen müssen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. An Stelle des nach Mainz verzogenen bisherigen Vorstandes der Gesellschaft für Straßenbahnen im Saartal, Herrn Dipl.-Ing. Paul Karpf, ist Dipl.-Ing. Tornau, bisher Direktor der Straßenbahn Neustadt-Landau, zum Vorstand gewählt. — In Saarbrücken hat sich ein Jugendring zum Kampfe gegen Schund in Wort und Bild gebildet, dem alle führenden Jugendorganisationen und Wandervereine angehören. — Am 19. Juni fand der 37. Verbandstag des Kreis-Feuerwehrverbandes Saarlouis statt, verbunden mit einer Feier des hundertjährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr in Saarwellingen. Nach voraufgegangener Sitzung der Wehren fanden Uebungen an Hakenleitern und anderen Feuerwehrgerätschaften statt, die Zeugnis ablegten von der guten Leitung und vortrefflichen Ausbildung der Wehren. Der Verbandstag, zu dem 50 Wehren der Umgegend erschienen waren, veranstaltete u. a. auch einen Festzug, an dem über 1300 Personen sich beteiligten. — Die Lehrerorganisationen der Saarpfalz haben sich, nachdem sie jetzt zum Saargebiet zählen, an die Regierungskommission gewandt, um nicht die Vorteile einzubüßen, die sie bisher in der Zugehörigkeit zur Pfalz und Bayern besaßen. — Ein würdiges Denkmal für die im Kriege Gefallenen der Ortsgemeinde Dillingen wurde am 5. Juni in der Sakramentskirche in Dillingen enthüllt. — Zum Sitz der neuerrichteten Bürgermeisterei Wemmetsweiler-Heiligenwald ist Wemmetsweiler bestimmt. — Die Posthilfsstelle in Bachem ist vorläufig aufgehoben worden. — Zur Behebung der Wohnungsnot hat der Stadtrat von St. Ingbert 1½ Millionen Mark bewilligt. — Das Wohnhaus des Kaminkehrers Staimer in St. Ingbert wurde zum Preise von 41 000 Mark, das der verstorbenen Eheleute Stief zum Preise von 51 000 Mark verkauft.

Vereine. Am 9. Juni tagte die Mitgliederversammlung des Bundes für Volksbildungspflege in Saarbrücken. Es wurde ein Werbeausschuß gebildet und Bericht über die Tätigkeit des Bundes erstattet, aus dem hervorgeht, daß die Tätigkeit eine sehr umfangreiche, ersprießliche und erfreuenswerte gewesen ist. — Der Malstatter Männergesangverein „Liederkranz" beteiligt sich am 3. Juli an dem großen nationalen Gesangswettstreit in Bingerbrück. — Das erste Wertungssingen des Saarsängerbundes soll am 17. Juli im Saalbau zu Saarlouis stattfinden. Das Programm verspricht einen Kunstgenuß ersten Ranges.

Sport. Auf dem Schloßberg hat der Fußballverein Homburg den im Kriege gefallenen Sportskameraden ein Denkmal setzen lassen. — Am 12. Juni fand in Differten das Gauturnfest des Saargaues statt, zu dem sämtliche Vereine des Gaues ihre hervorragendsten Vertreter entsandt hatten. Mit Stolz kann die Gauleitung auf die turnerische Arbeit des verflossenen Jahres blicken, die in den von verschiedenen Turnern aufgestellten Höchstleistungen ihr bestes Bewährungszeugnis fand. — Das 34. Gauturnfest des Saar-Bliesgaues fand am 25., 26. und 27. Juni in Brebach statt. — Die Leitung wurde dem dortigen Turnverein übertragen. — Die Turnerschaft Neunkirchen von 1860 hatte sich am 19. Juni zu einem Abendkonzert mit turnerischen Vorführungen zusammengefunden, an dem auch die Grubenkapelle Heinitz in hervorragendem Maße beteiligt war. — Auch der Männerturnverein Saarbrücken hat sich entschlossen, außer der bereits bestehenden Schülerinnenabteilung eine Mädchen- und Frauenabteilung anzugliedern. — Das Saarbrücker Turn- und Spielfest (früher Spichererberg-Turn- und Spielfest) findet, wie schon gemeldet, vom 17. bis 24. Juli, diesmal im Stadtpark Ludwigsberg, statt. — Auf der Radrennbahn wurde das goldene Rad der Stadt Saarbrücken am 12. Juni im Hauptrennen zum Austrag gebracht. — Borussia-Neunkirchen errang am 12. Juni den Pokal von Süddeutschland und blieb Sieger gegen den Fußballverein Nürnberg mit 3 : 2. Eine wirklich hervorragende Leistung.

Personalnachrichten. Dem 1919 aus dem Saargebiet ausgewiesenen jetzigen Bergrevierbeamten des Bergreviers Duisburg Bergrat Lwowski ist unter Ernennung zum Oberbergrat eine Mitgliedsstelle bei dem Oberbergamt in Dortmund und dem bei dem Bergrevier Duisburg beschäftigten Bergrat Brand dieses Bergrevier übertragen worden. Bei dem Oberbergamt in Dortmund ist dem Oberbergrat Overthun die Vertretung des Berghauptmanns übertragen und der ebenfalls 1919 aus dem Saargebiet ausgewiesene Oberbergrat Neff zum Abteilungsleiter ernannt worden. Alle gehörten früher der preußischen

Bergverwaltung Saarbrücken an. — Zum Bürgermeister von Ottweiler gewählt wurde der Amtsanwalt und Standesbeamte Lorenz aus Sulzbach. — Ortsvorsteher Lehrer Walter von Wemmetsweiler wurde zum komm. Bürgermeister der neuen Bürgermeisterei Wemmetsweiler ernannt. — Obersekretär Doppler aus Neunkirchen ist zum komm. Bürgermeister von Illingen ernannt worden. — Regierungsrat wurde der bisherige Rechtsanwalt Schmitt, der nach Bildung des vom Hauptversorgungsamt Zweibrücken abgetrennten Versorgungsamtes Bliskastel für die saarpfälzischen Gemeinden Vorstand des neuen Amtes wurde. — Der beim Versorgungsamt Neunkirchen beschäftigte Herr Heinz Kellner wurde zum Regierungssekretär ernannt. — Wie wir erst nachträglich erfahren, ist der Gemeindebaumeister Kiefer aus Heusweiler von der Regierungskommission seines Amtes enthoben worden! — Versetzt wurde der Justizobersekretär Veith von Saarlouis nach Köln; Justizobersekretär Otto Panniger vom Amtsgericht Saarlouis nach Wadern. — Rektor A. Conrad zu Saarbrücken wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des Dezernats für die evangelischen Volksschulen des preußischen Teiles des Saargebiets bei der Regierungskommission beauftragt. Ferner wurde Rektor Vaterrodt zu Saarbrücken unter Verleihung des Titels Schulrat als Hilfsarbeiter in die Zentralverwaltung der Abteilung für Kultus und Schulwesen kommissarisch berufen. — Der Lehrer Paul aus Gersweiler wurde an die Schule nach Jägersfreude berufen. An seine Stelle kam der Lehrer Bauer aus Felsberg. Einstweilig angestellt: Lehrer Dr. Lück in Hierscheid; Lehrerin Martha Eisenbeis in Kohlhof, Anna Kraeber in Wemmetsweiler und Maria Nieder in Hüttigweiler; versetzt: Lehrer Hans in Sinnerthal nach Oberbexbach in Tausch mit Lehrerin Walle von dort, Lehrer Spaniol in Merchweiler nach Hasborn und Lehrer Scholl von Hasborn nach Merchweiler. Mit der Verwaltung der Lehrerinnenstelle in Hausbach ist Lehrerin Susanna Ludwig in Dillingen beauftragt worden. Lehrer Hermann Haselan in Hausdorf (Gut) Kreis Sagan, ist die in Critten zu besetzende Lehrerstelle übertragen worden. — Versetzt wurden: Eisenbahnsekretär Rektenwald von Homburg, Schulde von Würzburg und Frech von St. Ingbert, ferner Bahnverwalter Dudenhöffes von Brebach, sämtlich nach Saarbrücken. — Befördert wurde: Eisenbahngehilfe Schuler in Malstatt zum Unterassistenten. — Die Prüfung zum Triebwagenführer haben bestanden: Oberschaffner Müller 2 Matth., Reinert Joh., Schaffner Beckhäuser in Neunkirchen sowie Schaffner Franzmann und Merscher in Saarbrücken. — Zahnarzt Hugo Rawer, Neunkirchen, hat an der Universität Würzburg zum Dr. med. dent. promoviert. — Die Meisterprüfung bestanden vor dem zuständigen Prüfungsausschuß für das Buchdruckerhandwerk bei der Handwerkskammer Saarbrücken August Gronauer, Friedrich Braun und Wilhelm Lindenberg zu Saarbrücken und Karl Paulus mit „gut", für das Schreinerhandwerk Heinrich Schröder aus Dudweiler mit „ausgezeichnet" und Paskal Bretz aus Klarenthal mit „gut". — Das 91. Lebensjahr vollendet in körperlicher und geistiger Frische der Senior der evangelischen Geistlichen des Saargebietes, Superintendent Adolf Zillessen in Saarbrücken. — Ihren 90. Geburtstag beging Frau Witwe Peter Backes in Sulzbach. — Auf eine fünfzigjährige Tätigkeit im Dienste der chemischen Fabrik Gebr. Appolt, G. m. b. H., konnte am 1. Juni in voller Rüstigkeit der Meister Peter Schneider in Sulzbach zurückblicken. — Ein Veteran der Arbeit ist der Hüttenarbeiter Baptist Lehberger aus Niederneunkirchen, der auf eine 50jährige Tätigkeit bei der Hütte zurückblicken kann. — Lehrer Otto Bolz, Saarbrücken 1, wurde mit der Roten-Kreuz-Medaille 2. Kl. ausgezeichnet, ebenso Frau Witwe K. Neu.

Todesfälle. Rangierer Balthasar Bayer, 49 Jahre; Johann Braun, 61 Jahre; Jean Breidenbach, 54½ Jahre; Kanzlei-Sekretär a. D. Friedrich Buchin, 78 Jahre; Lehrer a. D. Matthias Heinz, 70 Jahre; Heinrich Resch; Kranenführer Wilhelm Ringwald, 30 Jahre; Pensionär Niolaus Rink, 64 Jahre; Kriegsveteran Michael Roos, 80 Jahre; Techniker Otto Scheller, 32 Jahre; Gärtnereibesitzer Johann Scheuermann, 60 Jahre; Carl Schmidt, 64 Jahre; Hermann Tritz, 23 Jahre; August Troßen, 20 Jahre; Oberbahnassistent Michael Wahl, 58 Jahre; Frau Witwe Thomas Dauer, Albertine, geb. Hoerhammer; Frau Friedrich Wilhelm Fellenz, Maria, geb. Nalbach, 68 Jahre; Frau Eugen Heymann, Karoline, geb. Hein, 53 Jahre; Fräulein Julie Koehl, 78 Jahre; Frau Witwe Steuerrat Koller, Franziska, geb. Nieprasch, 89 Jahre; Frau Witwe Franz Kopf, Magdalene, geb. Gerach, 76 Jahre; Fräulein Franziska Müller, 26 Jahre; Frau Herm. Rößler, 40 Jahre; Frau Wwe. C. W. Schmidt, Elisabeth, geb. Mettel, 80 Jahre; Frau Emilie Seubert, geb. Herzog, 58 Jahre; Frau Wwe. Theodor Steilen, geb. Huser, 72 Jahre; Frau Wwe. Wilhelm Traut, Katharina, geb. Kuhn, 90 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Pens. Hüttenarbeiter Christian Biehl, 61 Jahre; pens. Bergmann Johann Conrad Fuhrmann, 63 Jahre; Lorenz Klein, 21 Jahre; Frau Johann Becker, geb. Kopper, 28 Jahre; Frau Wwe. Philippine Fegert, geb. Pfeiffer, 73 Jahre; Elisabeth Schwarz, geb. Jung, 58 Jahre; Frau Wwe. Peter Umlauf, geb. Amalie Keßler, 70 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Anna Kiefer, geb. Schmitt, 66 Jahre, in Buß. — Frau Wwe. Julianne van der Felden, 89 Jahre, in Buchenschachen. — Frau Wwe. Fritz Haag in Brebach. — Versicherungsagent Peter Maurer, 76 Jahre, in Dilsburg. — Valentin Brück in Dirmingen. — Jakob Maurer, 69 Jahre, in Elversberg. — Schichtmeister Julius Winecke, 51 Jahre, in Elversberg. — Steiger Hottong, 57 Jahre, in Friedrichsthal. — Kontrollbeamter Albert Sänger, 30 Jahre, in Geislautern. — Jakob Schorsch, 70 Jahre, in Geislautern. — Nikolaus Zewe, 33 Jahre, in Gennweiler. — Frau Wilhelmine Becker, verw. Michely, geb. Mangin, 46 Jahre, in Gersweiler. — Frau Wwe. Karl Maurer, Luise, geb. Pracht, 62 Jahre, in Güdingen. — Bergmann Karl Kellermann, in Heiligenwald, verunglückt. — Bergschüler Heinrich Resch, 29 Jahre, in Heiligenwald. — Schichtmeister Julius Winecke, 51 Jahre, in Heiligenwald. — Friedrich Schmidt. — Frau Magdalene Rothhaar, geb. Rußhardt, 41 Jahre, in Homburg. — Frau Peter Endres, geb. Katharina Koch, 38 Jahre, in Landsweiler. — Frau Anna Hoen, geb. Fritz, 38 Jahre, in Lisdorf. — Frau Dietrich Bickelmann, Katharina, geb. Wagner, 51 Jahre, in Niedersalbach. — Hanne-Lore Biehl; Landwirt Ludwig Caroli, 72 Jahre; Walter Friedrich, 2 Jahre; Frau Wwe. Philipp Martin, Katharina, geb. Diesel, 60 Jahre, alle in Ottweiler. — Frau Wwe. Nikolaus Hecktor, Anna, geb. Ecker, 64 Jahre, in Pachten. — Johann Seeger, 75 Jahre, in Saarlouis. — Wilhelm Sesar, 21 Jahre, in Schnappach. — Kaufmann Max Sender, 49 Jahre, in Soetern. — Frau Wilhelmine Schmidt, geb. Klemann, in Spiesen, verunglückt. — Anna Pritz, geb. Weckler, 55 Jahre, in Spiesen. — Wwe Georg Blaß, Anna, geb. Wernet, 73 Jahre, in Sprengen. — Bauunternehmer Wilhelm Reinhard, 62 Jahre, in Sulzbach. — Frau Lina Alexander, geb. Levy, 43 Jahre, in St. Wendel. — Frau Lina Eberle, geb. Appel, 26 Jahre, in St. Ingbert. — Frau Karl Bender, Karolina, geb. Heiderich, in Sulzbach. — Fräulein Nanchen Vehrenkampf, in Wallerfangen. — Fr. Katharina Seer, geb. Schreiner, 54 Jahre. — Wwe. Sophia Heil, geb. Eißenbeis, 69 Jahre, in Wellesweiler. — Wwe. Friedr. Volz, Kath. geb. Becker, 86 Jahre; Wilhelmine Gräßer, geb. Schley, 66 Jahre; Katharina Theobald, geb. Schmidt, 36 Jahre, alle in Wiebelskirchen. — Jakob Anton Meyer-Petry, 54 Jahre; Frau Barbara Jung, geb. Liesch, 59 Jahre; Heinrich Friedrich Duchene, 58 Jahre; Friedrich Kuntz; Adolf Schäfer, 42 Jahre; Hedwig Knecht, 19 Jahre, sämtlich in Völklingen. — Aloys Arnold, 18 Jahre, in Ueberherrn. — Jakob Molitor, 52 Jahre, in Wallerfangen.

* * *

Aus unserem Nachbarlande Elsaß-Lothringen.

In Lothringen gibt es gegenwärtig immer noch sieben deutsche Tageszeitungen, woraus man ersieht, daß das Bedürfnis der Bevölkerung nach geistiger Nahrung in deutscher Sprache nicht so auf Befehl der Herren Franzosen verschwindet. Von diesen sieben Zeitungen erscheinen drei in Metz, zwei in Forbach, eine in Diedenhofen und eine in Saargemünd. Hier will man jetzt noch zur Gründung einer zweiten deutschsprachigen Zeitung schreiten, weil angeblich dem Saar-Kurier („Nouveau Courrier de la Sarre") eine große Zahl politischer Gegner erwachsen sei. In Diedenhofen und Saarburg besteht des weiteren noch je eine zweisprachige Zeitung. Ganz besonders gibt es zu denken, daß ausgesprochen französische Tageszeitungen nur ganze drei Stück in Lothringen erscheinen und zwar in Metz, von denen eine unter dem Zeitungsgespenst, dem Abonnenten- und Inseratenschwund, zu leiden hat, also auf wackligen Füßen steht. — Wie wir dem „Echo de Paris" entnehmen, ist der Gymnasialprofessor Wüst in Straßburg seines Amtes enthoben worden, weil er in einem Briefe zu einer Zusammenkunft ehemaliger Kriegsteilnehmer in Donaueschingen aufgefordert hat. — Einreiseanträge deutscher Reichsangehöriger nach Elsaß-Lothringen müssen von jetzt ab an die französischen Konsulate in Deutschland gerichtet werden. Den begründeten Gesuchen ist beizufügen ein deutscher Reisepaß, zwei aufgezogene Photographien aus neuerer Zeit, drei auf je einem weißen Zettel vollzogene Unterschriften.

* * *

Aus dem besetzten Rheinland.

Die Fortdauer der Sanktionen hat auch die Durchführung der für diesen Sommer in Düsseldorf geplanten und zum Teil vorbereiteten großen landwirtschaftlichen Ausstellung zunichte gemacht. Infolgedessen haben die beteiligten Landwirtschaftskammern die Durchführung der Aus-

stellung für das nächste Jahr in Aussicht genommen. — In der Kreditforderung des Reichsschatzministeriums betreffs der Aufwendungen für die fremden Besetzungstruppen im Rheinland stehen einige Zahlen, die wir ihrer Ungeheuerlichkeit wegen unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen. Danach waren zwecks Beschaffung von Kasernen, Wohnungen usw. für das Jahr 1921 bereits dreiviertel Milliarden bewilligt. Jetzt müssen 450 Millionen nachgefordert werden, wovon 200 Millionen zur Bereitstellung von weiteren 600 Offizierswohnungen erforderlich sind. In vielen Gemeinden sind außerdem Hotels, Pensionate, Schulhäuser und andere Gemeinderäume und öffentliche Gebäude in Anspruch genommen. — Ganz besonders schwer ruht die Faust der Franzosen auf Düsseldorf; u. a. hat der französische Kommandant gegen den Einspruch der Stadtverwaltung die nicht mehr genügende Sicherheit bietenden alten Schießstände im Aaper Walde in Betrieb genommen. Ferner hat er die beiden Rheinbadeanstalten für den größten Teil der Woche für die Besatzungstruppen beschlagnahmt und 410 Schulräume für militärische Zwecke belegt. Jetzt verlangt er auch noch die Einrichtung einer Schule für die Kinder der französischen Besatzungstruppen. — Zu den Plänen auf Errichtung eines französischen Spiritusmonopols im besetzten Rheinland hat die Reichsregierung kürzlich im Reichstag Stellung genommen. Danach sind die deutschen Vertretungen in London, Paris und Brüssel angewiesen worden, gegen die Anordnung der Rheinlandkommission nachdrücklich Einspruch zu erheben und die Wiederherstellung der Reichsmonopolverwaltung im besetzten Gebiet zu verlangen. — Auch einen unerhörten Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit hat sich die Rheinlandkommission erlaubt. Nach einer Verordnung behält sie sich vor, den deutschen Behörden oder Gerichten bestimmte Verfahren abzunehmen, die nach ihrer Ansicht die interalliierten Besatzungsstreitkräfte angehen. — Die Kommission hat auch dem Delegierten des Bezirks Aachen für die nächste Zeit die Befugnis erteilt, alle Versammlungen und gegebenenfalls auch den Aufenthalt auf der Straße zur Nachtzeit zu verbieten. — Unsere kürzliche Notiz über das von der Stadt Trier herausgegebene Notgeld, die von verschiedenen großen Tageszeitungen gebracht worden war, entspricht nicht den Tatsachen, sondern ist höchstwahrscheinlich wieder auf die Inspiration französischer Propagandabüros zurückzuführen. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung wurde jüngst auf acht Tage und einige Tage später auf ein Vierteljahr durch den sattsam bekannten General Henocque verboten, aus dem üblichen Grunde, weil sie dem Ansehen der Besatzungstruppen Abbruch täte. — Aus demselben Grunde fahnden französische Polizeiagenten mit aller Schärfe nach den im Rheinland verbreiteten Gegenlisten über die 400 französischen Kriegsverbrecher.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Einreise in das Saargebiet.

Für die Einreise in das Saargebiet aus dem unbesetzten Deutschland gelten zurzeit folgende Bestimmungen: Rechtsrheinisch Wohnende bedürfen zur Einreise in das Saargebiet einer Einreisegenehmigung. Jeder Antragsteller hat deshalb einen Reichspaß oder einen von der zuständigen Polizeibehörde ausgestellten Paßersatz unter Beifügung eines ausführlichen schriftlichen Gesuchs an die Oberste Polizeiverwaltung des Saargebiets, Neues Landgericht, Paßbureau, Zimmer Nr. 10, Saarbrücken 1, zu senden. Dasselbe gilt für Kaufleute. Es liegt in deren eigenem Interesse, wenn sie ihrem Antrag eine Befürwortung seitens der zuständigen Handelskammer beilegen. Eine Befürwortung seitens der Handelskammer Saarbrücken ist nicht mehr erforderlich; alle Antragsteller mögen daher ihren Antrag unmittelbar an die Oberste Polizeiverwaltung des Saargebietes senden. Der mit Einreisegenehmigung versehene Paß wird den Interessenten entweder direkt oder von der deutschen Verbindungsstelle Frankfurt a. M. zugestellt werden. Die Gebühr für das Einreisevisum beträgt 30 Mark.

Neue deutsche Grenzzollämter

wurden an der Grenze gegen das Saargebiet in Hausbach, Wehingen und Rimlingen errichtet. Als Zollstraßen wurden neu bezeichnet die Landstraßen von Wellingen nach Wehingen, Bachem nach Hausbach, Bachheim nach Losheim, Reimsbach nach Oppen. Auf Anordnung des Landesfinanzamts Köln wurde das Zollamt in Nohn aufgehoben und die Straße von Dreisbach nach Nohn ihres Charakters als Zollstraße entkleidet. — Ab 1. Juli 1921 sind nur noch die nachstehenden Zollämter: Mettlach, Merzig, Bahnhof Bachem, Bahnhof Limbach, Namborn, St. Wendel, Homburg, Einöd, Bierbach und Saarbrücken für die Verzollung von Waren, bei deren Einfuhr ein höherer Zollsatz als 20 Frs. pro 100 Kilo zur Anwendung kommt, zuständig.

Sonstige wirtschaftliche Nachrichten.

Die französische Gesellschaft „Le Coke Metallurgique", die sich mit der Umwandlung von Saarkohle in Hochofenkoks befaßt, hat ihr Stammkapital auf 1 Million Franken erhöht. Das bisher nur in Spittel in Lothringen probierte Verfahren soll nunmehr im großen auf den Kohlenanlagen der Saargruben in Heinitz ausgeprobt werden. — Die Eisenbahndirektion des Saargebietes hat eine Reihe von Feriensonderzügen eingelegt, die zwischen dem 16. Juli und 6. August nach München und Berlin verkehren. — Der Verband der Haus- und Grundbesitzervereine für das Saargebiet hat nun auch zu dem Entwurf der Regierungskommission betreffend Zusammenfassung und Ergänzung der Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot Stellung genommen. Ferner wurde die Frage der Errichtung einer Haus- und Grundbesitzerkammer für das Saargebiet erörtert und beschlossen, in einer Denkschrift der Regierungskommission die Forderung auf Errichtung einer solchen Kammer zu unterbreiten. — Der Obermeistertag des Bäckerinnungsverbandes des Saargebietes beschäftigte sich neben einigen weniger bedeutenden Punkten auch mit dem Nachtbackverbot und dem Sonntagsbackverbot. Der Obermeistertag sprach sich einstimmig für die Einführung des Gesetzes vom 23. November 1918 aus, wonach in der Zeit von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr der Bäckereibetrieb ruht. Ebenso wurde einstimmig die Einführung des Sonntagsbackverbotes beschlossen. Lebhafte Klage geführt wurde auch noch über die schlechte Beschaffenheit des Mehles zur Herstellung von Brot. — Den Bemühungen der Baugenossenschaft Brebach ist es nunmehr gelungen, die in Frage kommenden Kreise an dem Werke der Genossenschaft so zu interessieren, daß ein günstiger Abschluß der Verhandlungen in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Die Genossenschaft will in diesem Jahre insgesamt 150 Häuser in den verschiedenen Gemeinden errichten.

Saarbergbau und Saarindustrie.

Die Kohlenförderung der Saargruben im Monat April, worüber wir in der vorigen Nummer des „Saar-Freund" bereits einige Zahlen brachten, ist nunmehr in vollem Umfange festgestellt. Aus der Statistik der Bergwerksdirektion geht hervor, daß im Monat April die reine Kohlenförderung (ausgelesen und gewaschen) auf den vom französischen Staat ausgebeuteten Gruben 673 630 To. (im März 631 911 To.), auf der vom Staat an eine Pariser Privatgesellschaft verpachteten saarpfälzischen Grube Frankenholz 19 053 To. (im März 15 897 To.), also insgesamt 692 683 To. (im März 647 808 To.) betrug. Da nur an 21,05 (im Vormonat 20) Tagen gearbeitet wurde, so entfiel auf den Arbeitstag eine mittlere Förderung von 32 906 To. (Vormonat 32 319 To.). Die Verteilung der Produktion geschah in folgender Weise: Selbstverbrauch der Gruben (einschließlich ihrer elektrischen Zentralen und angegliederten Betriebe) 63 286 To. (Vormonat 65 232 To.), Lieferung an die Bergarbeiter 11 103 To. (Vormonat 15 463 To.), Lieferung an die Koksöfen der Gruben 17 095 To. (Vormonat 18 219 To.), an die Brikettfabriken der Gruben 2810 To. (Vormonat 2211 To.), Verkauf und Versand 460 540 To. (März 463 432 To.); insgesamt Ausgang 554 834 To. (Vormonat 564 157 To.), daher Vermehrung der Haldenbestände um 137 849 To. (März 83 651 To.). Die den Gruben angegliederten Betriebe erzeugten 13 402 (Vormonat 13 883 To.) Koks und 4447 (Vormonat 4278) To. Briketts. Ende April lagen auf den Grubenhalden 467 662 (Vormonat 329 813) To. Kohlen und 2102 (Vormonat 1132) To. Briketts. An Personal waren Ende April eingeschrieben: Arbeiter unter Tage 52 096 (Vormonat 52 226), über Tage 17 397 (Vormonat 17583), auf den angegliederten Betrieben 1667 (Vormonat 1454), insgesamt Arbeiterschaft 71 160 (Vormonat 71 263), dazu Beamte und Angestellte 3051 (Vormonat 3020), mithin gesamtes Personal 74 211 (Vormonat 74 283). Die reine Tagesförderung an Kohlen betrug auf den Kopf der Arbeiterschaft durchschnittlich 480 (im Vormonat 474) Kilogramm.

Dem Bericht über die Saargruben im Jahre 1920 entnehmen wir nachstehende Zusammenstellung: an Neubauten sind errichtet: 27 Häuser für Ingenieure, 30 Doppelhäuser für Beamte, 121 Doppelhäuser für Arbeiter; insgesamt wurden 329 Wohnungen geschaffen. Das Bauprogramm für 1921 sieht vor: 3 Häuser für Ingenieure, 70 Doppelhäuser für Beamte, 370 Doppelhäuser für Arbeiter, insgesamt 883 Wohnungen. — Das Förderprogramm der Bergwerksverwaltung will während der nächsten 10 Jahre die Produktion alljährlich um ein Zehntel erhöhen.

Preisermäßigungen für Saarkohlen. Die von der französischen Grubenverwaltung mit Wirkung ab 1. Juli festgesetzten neuen Preise für Kohlen und Koks bringen eine Ermäßigung

gegenüber den bisher ab 1. April in Wirkung gewesenen Preisen. Die neuen Preise stellen sich pro Tonne bei Abschlüssen von mindestens 300 To.: für Stückkohlen in Fettkohlenqualität einschl. Kohlensteuer zwischen 103 und 110 Fr. (bisher 97—112, je nach Qualität), Flammkohlen 97—103 (90—103), Würfel- und Fettkohlen 112—115 (110—124), Flammkohle 105—112 (100—114), Nußkohle 1, in Fettkohlen 114—118 (110—124), in Flammkohle 107—114 (100—114), Großkoks 116 (128), Mittelkoks 125 (135) Franken.

Saarkohlen nach Deutschland. Gegenwärtig werden seitens der französischen Grubenverwaltung Versuche gemacht, für den Saarkohlenüberschuß Absatzmöglichkeiten auch in Deutschland zu schaffen. Auf diesem Wege ist man französischerseits dazu gekommen, mit dem vor dem Kriege bestandenen Verein der Saarkohlenhändler, dem bedeutende Kohlenfirmen angehören, Fühlung zu suchen, um ihn für einen Vertrieb der Saarkohlen nach Deutschland wieder aufleben zu lassen. In dieser Sache haben bereits in Mannheim Besprechungen stattgefunden, und man hat mit der deutschen Reichsregierung Fühlung genommen, um deren Einwilligung für die Wiederaufnahme des Vertriebs nach Deutschland zu erlangen. Man darf aber die Erwartungen auf diese etwaige neue Kohlenzufuhr nicht zu hoch spannen, denn Frankreich verlangt Zahlung in Franken, während Deutschland wegen seiner gespannten Devisenlage nicht zuviel Valuten für ein Produkt opfern darf, das in Deutschland auf Reichsmarkbasis und außerdem zurzeit noch wesentlich unter Auslandspreis gewonnen werden kann.

Saarkohlen für England und Danzig. Nach französischen Meldungen schloß die englische Kohlenimportfirma Lambert Brothers den Vertrag auf Lieferung mehrerer hunderttausend Tonnen Saarkohlen für Rechnung der englischen Regierung ab. Im Verlauf der letzten acht Wochen sollen etwa eine viertel Million Tonnen Saarkohlen nach England verfrachtet worden sein. Die meisten Sendungen gingen über Dünkirchen. — Der Senator der Freien Stadt Danzig, Runge, hat sich ins Saargebiet begeben, um die Lieferung von Saarkohlen für Danzig sicherzustellen.

Bohrversuche nach Kohlen werden seitens der Grube Velsen seit etwa 14 Tagen an drei verschiedenen Stellen der Gemarkung Großrosseln vorgenommen. Die Arbeiten werden von einer französischen und belgischen Gesellschaft betrieben. Es sollen zwei Wetterschächte und ein Kohlenschacht angelegt werden. Man hofft, in nicht allzugroßer Tiefe auf Kohlenflöze zu stoßen.

Grubenunglück. Auf der Grube Jägersfreude ist man dabei, die Schachtmauerung für einen neu abzuteufenden Schacht herzustellen. Bereits war in vorletzter Woche das Mauerwerk von fünf Ringen mit über 30 Meter Tiefe hergestellt, als dieses plötzlich einstürzte. Zufällig waren gerade keine Arbeiter im Schacht, so daß Menschenleben nicht zu beklagen sind. Der Materialschaden beträgt mehrere zehntausend Franken. — Auf der Grube Itzenplitz ereignete sich am 15. Juni eine Schlagwetterexplosion. Zwei Bergleute wurden getötet und zwei verwundet. Die Getöteten sind: Kellermann, Heiligenwald und Weyrich, Wustweilerhof; die Verwundeten Schneider, Heiligenwald und Rech, Heiligenwald. — Auf Flöz 36½, St. Ingbert, zweiter Tiefbau, verunglückte der Schlepper Johann Gar aus Allschbach (Bezirk St. Ingbert) durch Einatmen giftiger Gase. Als man den Bedauernswerten an Tag brachte, war er bereits tot.

Schafft deutschem Gewerbefleiß Absatz!

Kauft keine Feindbundwaren!

Schafft deutschen Arbeitern Brot!

Die Saarbrücker Mundart.

Von Seminarlehrer F. Schön.

(Schluß.)

Die armen Burschen, die das Unglück haben, sich durch körperliche Abnormität auszuzeichnen, sei es allzugroße Länge oder unangenehme Magerkeit, werden drastisch geschildert: „e dreischdeggiger" (ein dreistöckiger) oder „e lange Bohneschdang (eine lange Bohnenstange) wird wohl ein solcher Riese genannt; von einem anderen, der ein etwas spitzes Gesicht besitzt, behauptet ein Mädchen, er könne einen Bock „zwische de Herner" küssen. Doch weit wichtiger als die Körpergestalt ist ja das verschiedenartige Temperament der einzelnen für das Zusammenleben der Menschen. Die Mannigfaltigkeit der Charaktere bringt erst den richtigen Gedankenaustausch, und sei es nur den, der sich im heiteren Scherze übt, zustande. Da sitzt der eine da mit einem Gesichte, das aussieht wie „drei Daag Räänwedder", denn er hat entschieden heute Pech bei den Mädchen; sein Freund kommt zu ihm und versucht ihn aufzuheitern; ja, der kann auch lachen, für ihn hängt der Himmel voll „Baßgeie" (Baßgeigen): er hat die besten Aussichten auf Erfolg in dem heißen Minnestreite. Darum gibt er sich auch gerne „Käs", d. h. er macht sich gern wichtig, ähnlich wie der Dreikäseohch es tut; er ist aber auch kein „heiriger Hans" (heuriger Hans), er ist nicht von gestern. Doch der andere läßt sich nicht aus seinem Trübsinne aufrütteln: sein Freund geht kopfschüttelnd davon und erklärt den neugierig fragenden Mädchen, die den Vorgang mitangesehen haben, jener habe „entwedder e Schbarre zu viel odder enne zu wenig", d. h. in seinem Gehirngerüste (der Kopf ist als Körperdach vorgestellt) seien entweder zu viel Sparren oder zu wenig, so daß in beiden Fällen die Baukonstruktion mißraten bliebe — kurz der trübsinnige junge Mann sei eine „Trauerweid" (Trauerweide): ein Melancholikus. In diese Gruppe drängt sich jetzt auf einmal ein junger Bursch mit blitzenden Augen und weißschimmernden Zähnen: das Urbild des lachenden Vergnügens. Um seinen Mund zuckt es aber auch verräterisch: er ist der Schalk in der Gesellschaft, der allgemein beliebte wie wegen seines Spottes gefürchtete Spaßmacher; der bringt Leben unter das junge Volk. Er ist „geschosse mit der Belzkapp" d. h. er hat einen Schuß mit einer, allerdings unschädlichen, Pelzmütze erhalten, er ist nicht körperlich, sondern geistig verwundet, verrückt und auch „zu tollen Streichen aufgelegt"; er weiß sich aber auch stets aus etwaigen verzwickten Lagen wieder herauszuziehen. Zwar schimpfen die älteren Leute zuweilen auf ihn und seinen Leichtsinn, doch sie freuen sich auch andererseits seiner Aufgewecktheit und seines dienstfertigen Sinns: er ist „geweddelt wie e Pennche", d. h. gewedelt (hin und her gewandt wie ein Pfännchen beim Braten — er ist zu allen Diensten schnell bereit. Doch es ist Zeit für uns, wir müssen uns auf den Heimweg machen. Gern hätten wir noch dem ruhigeren Gespräche der Ballmütter und ihrer Männer, der biederen Handwerksmeister gelauscht; wie es scheint, findet aber jetzt allgemeiner Aufbruch statt. Und so gehn auch wir und nehmen eine nette Erinnerung mit.

Am gemütlichsten ist der Saarstädter — wie wohl jeder Mensch — zu Hause zwischen seinen vier Pfählen. Dort sammelt sich in den meisten Fällen die ganze Famile wenigstens bei Tisch, wenn auch tagsüber der Beruf den einen hier, den andern dorthin treibt. Und bei Tisch ist der Mensch auch meistens in guter Stimmung, und während des Essens fallen auch die Redensarten gemütlicher aus. Zwar bekommt oft eines der Kinder vor seiner wirklichen Suppe noch eine „Krummelsubb" zu schmecken, was eine Strafpredigt von seiten der Mutter bedeutet; denn „krummele" heißt soviel wie „zornig knurren" — doch der Appetit läßt sich durch Schelte nicht einschüchtern; zwar soll das Kind zur Strafe noch eine Weile mit dem Essen warten; doch wenn die Mutter sieht, daß ihrem Liebling die Tränen in den Augen stehen, gibt sie ihm schließlich lächelnd sein Teil mit den Worten: „Da, s Geimche fallt dr sunsch ab!" d. h. „da, das Gäumchen fällt dir sonst ab!" und der kleine Missetäter fängt an einzuhauen, daß die Mutter ihre stille Freude daran hat. Wenn endlich der gefährliche Feind Hunger bezwungen ist, neckt die Mutter den jungen Vielfraß wohl und sagt zu ihm: „Heid traadt dr die Kadz de Maae nidd furd!" „heute trägt dir die Katze den Magen nicht fort!" — vermutlich, weil er ihr zu schwer wäre.

So sehen wir den Eingeborenen von etwas gemütlicherer Seite. Immerhin jedoch bleibt sein Wesen noch derb genug. Man täte ihm jedoch Unrecht, wenn man sagte, Streitsucht und Neigung zu derbem Spott seien die hervorstechendsten Eigenschaften in seinem „Saarbrücker" Wesen. Die Stärke des Saarstädters liegt auf ganz anderem Gebiete. Wohl ist ihm eine gewisse Derbheit eigen, die sich natürlich am ehesten in der Umgangssprache zeigt; doch tritt uns diese Derbheit in etwas veränderter, veredelter Form als Offenheit, Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe von seiten des Saarstädters entgegen, Eigenschaften, die wiederum seinen Erwerbssinn unterstützen, der ja unsere Städte so prächtig aufblühen ließ. Der allmählich sich entwickelnde Wohlstand hat dem „Alldahiesigen" ein gewisses Selbstbewußtsein gegeben: er ist stolz auf die Eigenart, die ihm von seiner Heimat geschenkt ward. Der Saarstädter spricht nicht viel bei dem, was er tut; dafür gelingt ihm das, was er im Sinne hat, um so besser. Doch ich fange ja an, nach hiesigen Begriffen „Redensarten zu machen", da muß ich wohl als guter St. Johanner aufhören. Ich tue es auch; nur will ich noch wünschen, daß die Eigenart des Saarstädters, wie ich sie heute versucht habe zu schildern, noch recht lange erhalten bleiben möge, damit in den Saarstädten noch lange lebe der derb-treue Sinn der „Alldahiesigen"!

Deutsches Herz, verzage nicht,
Tu, was dein Gewissen spricht;
Redlich folge seiner Spur,
Redlich hält es seinen Schwur.

Ernst Moritz Arndt.

stellung für das nächste Jahr in Aussicht genommen. — In der Kreditforderung des Reichsschatzministeriums betreffs der Aufwendungen für die fremden Besatzungstruppen im Rheinland stehen einige Zahlen, die wir ihrer Ungeheuerlichkeit wegen unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen. Danach waren zwecks Beschaffung von Kasernen, Wohnungen usw. für das Jahr 1921 bereits dreiviertel Milliarden bewilligt. Jetzt müssen 450 Millionen nachgefordert werden, wovon 200 Millionen zur Bereitstellung von weiteren 600 Offizierswohnungen erforderlich sind. In vielen Gemeinden sind außerdem Hotels, Pensionate, Schulhäuser und andere Gemeinderäume und öffentliche Gebäude in Anspruch genommen. — Ganz besonders schwer ruht die Faust der Franzosen auf Düsseldorf; u. a. hat der französische Kommandant gegen den Einspruch der Stadtverwaltung die nicht mehr genügende Sicherheit bietenden alten Schießstände im Aaper Walde in Betrieb genommen. Ferner hat er die beiden Rheinbadeanstalten für den größten Teil der Woche für die Besatzungstruppen beschlagnahmt und 410 Schulräume für militärische Zwecke belegt. Jetzt verlangt er auch noch die Einrichtung einer Schule für die Kinder der französischen Besatzungstruppen. — Zu den Plänen auf Errichtung eines französischen Spiritusmonopols im besetzten Rheinland hat die Reichsregierung kürzlich im Reichstag Stellung genommen. Danach sind die deutschen Vertretungen in London, Paris und Brüssel angewiesen worden, gegen die Anordnung der Rheinlandkommission nachdrücklich Einspruch zu erheben und die Wiederherstellung der Reichsmonopolverwaltung im besetzten Gebiet zu verlangen. — Auch einen unerhörten Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit hat sich die Rheinlandkommission erlaubt. Nach einer Verordnung behält sie sich vor, den deutschen Behörden oder Gerichten bestimmte Verfahren abzunehmen, die nach ihrer Ansicht die interalliierten Besatzungsstreitkräfte angehen. — Die Kommission hat auch dem Delegierten des Bezirks Aachen für die nächste Zeit die Befugnis erteilt, alle Versammlungen und gegebenenfalls auch den Aufenthalt auf der Straße zur Nachtzeit zu verbieten. — Unsere kürzliche Notiz über das von der Stadt Trier herausgegebene Notgeld, die von verschiedenen großen Tageszeitungen gebracht worden war, entspricht nicht den Tatsachen, sondern ist höchstwahrscheinlich wieder auf die Inspiration französischer Propagandabüros zurückzuführen. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung wurde jüngst auf acht Tage und einige Tage später auf ein Vierteljahr durch den sattsam bekannten General Henocque verboten, aus dem üblichen Grunde, weil sie dem Ansehen der Besatzungstruppen Abbruch täte. — Aus demselben Grunde fahnden französische Polizeiagenten mit aller Schärfe nach den im Rheinland verbreiteten Gegenlisten über die 400 französischen Kriegsverbrecher.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Einreise in das Saargebiet.

Für die Einreise in das Saargebiet aus dem unbesetzten Deutschland gelten zurzeit folgende Bestimmungen: Rechtsrheinisch Wohnende bedürfen zur Einreise in das Saargebiet einer Einreisegenehmigung. Jeder Antragsteller hat deshalb einen Reichspaß oder einen von der zuständigen Polizeibehörde ausgestellten Paßersatz unter Beifügung eines ausführlichen schriftlichen Gesuchs an die Oberste Polizeiverwaltung des Saargebiets, Neues Landgericht, Paßbureau, Zimmer Nr. 10, Saarbrücken 1, zu senden. Dasselbe gilt für Kaufleute. Es liegt in deren eigenem Interesse, wenn sie ihrem Antrag eine Befürwortung seitens der zuständigen Handelskammer beilegen. Eine Befürwortung seitens der Handelskammer Saarbrücken ist nicht mehr erforderlich; alle Antragsteller mögen daher ihren Antrag unmittelbar an die Oberste Polizeiverwaltung des Saargebietes senden. Der mit Einreisegenehmigung versehene Paß wird den Interessenten entweder direkt oder von der deutschen Verbindungsstelle Frankfurt a. M. zugestellt werden. Die Gebühr für das Einreisevisum beträgt 30 Mark.

Neue deutsche Grenzzollämter

wurden an der Grenze gegen das Saargebiet in Hausbach, Wehingen und Rimlingen errichtet. Als Zollstraßen wurden neu bezeichnet die Landstraßen von Wellingen nach Wehingen, Bachem nach Hausbach, Bachheim nach Losheim, Reimsbach nach Oppen. Auf Anordnung des Landesfinanzamts Köln wurde das Zollamt in Nohn aufgehoben und die Straße von Dreisbach nach Nohn ihres Charakters als Zollstraße entkleidet. — Ab 1. Juli 1921 sind nur noch die nachstehenden Zollämter: Mettlach, Merzig, Bahnhof Bachem, Bahnhof Limbach, Namborn, St. Wendel, Homburg, Einöd, Bierbach und Saarbrücken für die Verzollung von Waren, bei deren Einfuhr ein höherer Zollsatz als 20 Frs. pro 100 Kilo zur Anwendung kommt, zuständig.

Sonstige wirtschaftliche Nachrichten.

Die französische Gesellschaft „Le Coke Metallurgique", die sich mit der Umwandlung von Saarkohle in Hochofenkoks befaßt, hat ihr Stammkapital auf 1 Million Franken erhöht. Das bisher nur in Spittel in Lothringen probierte Verfahren soll nunmehr im großen auf den Kohlenanlagen der Saargruben in Heinitz ausgeprobt werden. — Die Eisenbahndirektion des Saargebietes hat eine Reihe von Feriensonderzügen eingelegt, die zwischen dem 16. Juli und 6. August nach München und Berlin verkehren. — Der Verband der Haus- und Grundbesitzervereine für das Saargebiet hat nun auch zu dem Entwurf der Regierungskommission betreffend Zusammenfassung und Ergänzung der Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot Stellung genommen. Ferner wurde die Frage der Errichtung einer Haus- und Grundbesitzerkammer für das Saargebiet erörtert und beschlossen, in einer Denkschrift der Regierungskommission die Forderung auf Errichtung einer solchen Kammer zu unterbreiten. — Der Obermeistertag des Bäckerinnungsverbandes des Saargebietes beschäftigte sich neben einigen weniger bedeutenden Punkten auch mit dem Nachtbackverbot und dem Sonntagsbackverbot. Der Obermeistertag sprach sich einstimmig für die Einführung des Gesetzes vom 23. November 1918 aus, wonach in der Zeit von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr der Bäckereibetrieb ruht. Ebenso wurde einstimmig die Einführung des Sonntagsbackverbotes beschlossen. Lebhafte Klage geführt wurde auch noch über die schlechte Beschaffenheit des Mehles zur Herstellung von Brot. — Den Bemühungen der Baugenossenschaft Brebach ist es nunmehr gelungen, die in Frage kommenden Kreise an dem Werke der Genossenschaft so zu interessieren, daß ein günstiger Abschluß der Verhandlungen in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Die Genossenschaft will in diesem Jahre insgesamt 150 Häuser in den verschiedenen Gemeinden errichten.

Saarbergbau und Saarindustrie.

Die Kohlenförderung der Saargruben im Monat April, worüber wir in der vorigen Nummer des „Saar-Freund" bereits einige Zahlen brachten, ist nunmehr in vollem Umfange festgestellt. Aus der Statistik der Bergwerksdirektion geht hervor, daß im Monat April die reine Kohlenförderung (ausgelesen und gewaschen) auf den vom französischen Staat ausgebeuteten Gruben 673 630 To. (im März 631 911 To.), auf der vom Staat an eine Pariser Privatgesellschaft verpachteten saarpfälzischen Grube Frankenholz 19 053 To. (im März 15 897 To.), also insgesamt 692 683 To. (im März 647 808 To.) betrug. Da nur an 21,05 (im Vormonat 20) Tagen gearbeitet wurde, so entfiel auf den Arbeitstag eine mittlere Förderung von 32 906 To. (Vormonat 32 319 To.). Die Verteilung der Produktion geschah in folgender Weise: Selbstverbrauch der Gruben (einschließlich ihrer elektrischen Zentralen und angegliederten Betriebe) 63 286 To. (Vormonat 65 232 To.), Lieferung an die Bergarbeiter 11 103 To. (Vormonat 15 463 To.), Lieferung an die Koksöfen der Gruben 17 095 To. (Vormonat 18 219 To.), an die Brikettfabriken der Gruben 2810 To. (Vormonat 2211 To.), Verkauf und Versand 460 540 To. (März 463 432 To.); insgesamt Ausgang 554 834 To. (Vormonat 564 157 To.), daher Vermehrung der Haldenbestände um 137 849 To. (März 83 651 To.). Die den Gruben angegliederten Betriebe erzeugten 13 402 (Vormonat 13 883 To.) Koks und 4447 (Vormonat 4278) To. Briketts. Ende April lagen auf den Grubenhalden 467 662 (Vormonat 329 813) To. Kohlen und 2102 (Vormonat 1132) To. Briketts. An Personal waren Ende April eingeschrieben: Arbeiter unter Tage 52 096 (Vormonat 52 226), über Tage 17 397 (Vormonat 17583), auf den angegliederten Betrieben 1667 (Vormonat 1454), insgesamt Arbeiterschaft 71 160 (Vormonat 71 263), dazu Beamte und Angestellte 3051 (Vormonat 3020), mithin gesamtes Personal 74 211 (Vormonat 74 283). Die reine Tagesförderung an Kohlen betrug auf den Kopf der Arbeiterschaft durchschnittlich 480 (im Vormonat 474) Kilogramm.

Dem Bericht über die Saargruben im Jahre 1920 entnehmen wir nachstehende Zusammenstellung: an Neubauten sind errichtet: 27 Häuser für Ingenieure, 30 Doppelhäuser für Beamte, 121 Doppelhäuser für Arbeiter; insgesamt wurden 329 Wohnungen geschaffen. Das Bauprogramm für 1921 sieht vor: 3 Häuser für Ingenieure, 70 Doppelhäuser für Beamte, 370 Doppelhäuser für Arbeiter, insgesamt 883 Wohnungen. — Das Förderprogramm der Bergwerksverwaltung will während der nächsten 10 Jahre die Produktion alljährlich um ein Zehntel erhöhen.

Preisermäßigungen für Saarkohlen. Die von der französischen Grubenverwaltung mit Wirkung ab 1. Juli festgesetzten neuen Preise für Kohlen und Koks bringen eine Ermäßigung

gegenüber den bisher ab 1. April in Wirkung gewesenen Preisen. Die neuen Preise stellen sich pro Tonne bei Abschlüssen von mindestens 300 To.: für Stückkohlen in Fettkohlenqualität einschl. Kohlensteuer zwischen 103 und 110 Fr. (bisher 97—112, je nach Qualität), Flammkohlen 97—103 (90—103), Würfel- und Fettkohlen 112—115 (110—124), Flammkohle 105—112 (100—114), Nußkohle 1, in Fettkohlen 114—118 (110—124), in Flammkohle 107—114 (100—114), Großkoks 116 (128), Mittelkoks 125 (135) Franken.

Saarkohlen nach Deutschland. Gegenwärtig werden seitens der französischen Grubenverwaltung Versuche gemacht, für den Saarkohlenüberschuß Absatzmöglichkeiten auch in Deutschland zu schaffen. Auf diesem Wege ist man französischerseits dazu gekommen, mit dem vor dem Kriege bestandenen Verein der Saarkohlenhändler, dem bedeutende Kohlenfirmen angehören, Fühlung zu suchen, um ihn für einen Vertrieb der Saarkohlen nach Deutschland wieder aufleben zu lassen. In dieser Sache haben bereits in Mannheim Besprechungen stattgefunden, und man hat mit der deutschen Reichsregierung Fühlung genommen, um deren Einwilligung für die Wiederaufnahme des Vertriebs nach Deutschland zu erlangen. Man darf aber die Erwartungen auf diese etwaige neue Kohlenzufuhr nicht zu hoch spannen, denn Frankreich verlangt Zahlung in Franken, während Deutschland wegen seiner gespannten Devisenlage nicht zuviel Valuten für ein Produkt opfern darf, das in Deutschland auf Reichsmarkbasis und außerdem zurzeit noch wesentlich unter Auslandspreis gewonnen werden kann.

Saarkohlen für England und Danzig. Nach französischen Meldungen schloß die englische Kohlenimportfirma Lambert Brothers den Vertrag auf Lieferung mehrerer hunderttausend Tonnen Saarkohlen für Rechnung der englischen Regierung ab. Im Verlauf der letzten acht Wochen sollen etwa eine viertel Million Tonnen Saarkohlen nach England verfrachtet worden sein. Die meisten Sendungen gingen über Dünkirchen. — Der Senator der Freien Stadt Danzig, Runge, hat sich ins Saargebiet begeben, um die Lieferung von Saarkohlen für Danzig sicherzustellen.

Bohrversuche nach Kohlen werden seitens der Grube Velsen seit etwa 14 Tagen an drei verschiedenen Stellen der Gemarkung Großrosseln vorgenommen. Die Arbeiten werden von einer französischen und belgischen Gesellschaft betrieben. Es sollen zwei Wetterschächte und ein Kohlenschacht angelegt werden. Man hofft, in nicht allzugroßer Tiefe auf Kohlenflöze zu stoßen.

Grubenunglück. Auf der Grube Jägersfreude ist man dabei, die Schachtmauerung für einen neu abzuteufenden Schacht herzustellen. Bereits war in vorletzter Woche das Mauerwerk von fünf Ringen mit über 30 Meter Tiefe hergestellt, als dieses plötzlich einstürzte. Zufällig waren gerade keine Arbeiter im Schacht, so daß Menschenleben nicht zu beklagen sind. Der Materialschaden beträgt mehrere zehntausend Franken. — Auf der Grube Itzenplitz ereignete sich am 15. Juni eine Schlagwetterexplosion. Zwei Bergleute wurden getötet und zwei verwundet. Die Getöteten sind: Kellermann, Heiligenwald und Weyrich, Wustweilerhof; die Verwundeten Schneider, Heiligenwald und Rech, Heiligenwald. — Auf Flöz 36½, St. Ingbert, zweiter Tiefbau, verunglückte der Schlepper Johann Gar aus Alschbach (Bezirk St. Ingbert) durch Einatmen giftiger Gase. Als man den Bedauernswerten an Tag brachte, war er bereits tot.

Schafft deutschem Gewerbefleiß Absatz!

Kauft keine Feindbundwaren!

Schafft deutschen Arbeitern Brot!

Die Saarbrücker Mundart.

Von Seminarlehrer F. Schön.

(Schluß.)

Die armen Burschen, die das Unglück haben, sich durch körperliche Abnormität auszuzeichnen, sei es allzugroße Länge oder unangenehme Magerkeit, werden drastisch geschildert: „e dreischdeggiger" (ein dreistöckiger) oder „e lange Bohneschdang (eine lange Bohnenstange) wird wohl ein solcher Riese genannt; von einem anderen, der ein etwas spitzes Gesicht besitzt, behauptet ein Mädchen, er könne einen Bock „zwische de Herner" küssen. Doch weit wichtiger als die Körpergestalt ist ja das verschiedenartige Temperament der einzelnen für das Zusammenleben der Menschen. Die Mannigfaltigkeit der Charaktere bringt erst den richtigen Gedankenaustausch, und sei es nur den, der sich im heiteren Scherze übt, zustande. Da sitzt der eine da mit einem Gesichte, das aussieht wie „drei Daag Räänwedder", denn er hat entschieden heute Pech bei den Mädchen; sein Freund kommt zu ihm und versucht ihn aufzuheitern; ja, der kann auch lachen, für ihn hängt der Himmel voll „Baßgeie" (Baßgeigen): er hat die besten Aussichten auf Erfolg in dem heißen Minnestreite. Darum gibt er sich auch gerne „Käs", d. h. er macht sich gern wichtig, ähnlich wie der Dreikäseohch es tut; er ist aber auch kein „heiriger Hans" (heuriger Hans), er ist nicht von gestern. Doch der andere läßt sich nicht aus seinem Trübsinne aufrütteln: sein Freund geht kopfschüttelnd davon und erklärt den neugierig fragenden Mädchen, die den Vorgang mitangesehen haben, jener habe „entwedder e Schbarre zu viel odder enne zu wenig", d. h. in seinem Gehirngerüste (der Kopf ist als Körperdach vorgestellt) seien entweder zu viel Sparren oder zu wenig, so daß in beiden Fällen die Baukonstruktion mißraten bliebe — kurz der trübsinnige junge Mann sei eine „Trauerweid" (Trauerweide): ein Melancholikus. In diese Gruppe drängt sich jetzt auf einmal ein junger Bursch mit blitzenden Augen und weißschimmernden Zähnen: das Urbild des lachenden Vergnügens. Um seinen Mund zuckt es aber auch verräterisch: er ist der Schalk in der Gesellschaft, der allgemein beliebte wie wegen seines Spottes gefürchtete Spaßmacher; der bringt Leben unter das junge Volk. Er ist „geschosse mit der Belzkapp" d. h. er hat einen Schuß mit einer, allerdings unschädlichen, Pelzmütze erhalten, er ist nicht körperlich, sondern geistig verwundet, verrückt und auch „zu tollen Streichen aufgelegt"; er weiß sich aber auch stets aus etwaigen verzwickten Lagen wieder herauszuziehen. Zwar schimpfen die älteren Leute zuweilen auf ihn und seinen Leichtsinn, doch sie freuen sich auch andererseits seiner Aufgewecktheit und seines dienstfertigen Sinns: er ist „geweddelt wie e Pennche", d. h. gewedelt (hin und her gewandt wie ein Pfännchen beim Braten — er ist zu allen Diensten schnell bereit. Doch es ist Zeit für uns, wir müssen uns auf den Heimweg machen. Gern hätten wir noch dem ruhigeren Gespräche der Ballmütter und ihrer Männer, der biederen Handwerksmeister gelauscht; wie es scheint, findet aber jetzt allgemeiner Aufbruch statt. Und so gehn auch wir und nehmen eine nette Erinnerung mit.

Am gemütlichsten ist der Saarstädter — wie wohl jeder Mensch — zu Hause zwischen seinen vier Pfählen. Dort sammelt sich in den meisten Fällen die ganze Famile wenigstens bei Tisch, wenn auch tagsüber der Beruf den einen hier, den andern dorthin treibt. Und bei Tisch ist der Mensch auch meistens in guter Stimmung, und während des Essens fallen auch die Redensarten gemütlicher aus. Zwar bekommt oft eines der Kinder vor seiner wirklichen Suppe noch eine „Krummelsubb" zu schmecken, was eine Strafpredigt von seiten der Mutter bedeutet; denn „krummele" heißt soviel wie „zornig knurren" — doch der Appetit läßt sich durch Schelte nicht einschüchtern; zwar soll das Kind zur Strafe noch eine Weile mit dem Essen warten; doch wenn die Mutter sieht, daß ihrem Liebling die Tränen in den Augen stehen, gibt sie ihm schließlich lächelnd sein Teil mit den Worten: „Da, 's Geimche fallt dr sunsch ab!" d. h. „da, das Gäumchen fällt dir sonst ab!" und der kleine Missetäter fängt an einzuhauen, daß die Mutter ihre stille Freude daran hat. Wenn endlich der gefährliche Feind Hunger bezwungen ist, neckt die Mutter den jungen Vielfraß wohl und sagt zu ihm: „Heid traad dr die Kadz de Maae nidd furd!" „heute trägt dir die Katze den Magen nicht fort!" — vermutlich, weil er ihr zu schwer wäre.

So sehen wir den Eingeborenen von etwas gemütlicherer Seite. Immerhin jedoch bleibt sein Wesen noch derb genug. Man täte ihm jedoch Unrecht, wenn man sagte, Streitsucht und Neigung zu derbem Spott seien die hervorstechendsten Eigenschaften in seinem „Saarbrücker" Wesen. Die Stärke des Saarstädters liegt auf ganz anderem Gebiete. Wohl ist ihm eine gewisse Derbheit eigen, die sich natürlich am ehesten in der Umgangssprache zeigt; doch tritt uns diese Derbheit in etwas veränderter, veredelter Form als Offenheit, Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe von seiten des Saarstädters entgegen, Eigenschaften, die wiederum seinen Erwerbssinn unterstützen, der ja unsere Städte so prächtig aufblühen ließ. Der allmählich sich entwickelnde Wohlstand hat dem „Alldahiesigen" ein gewisses Selbstbewußtsein gegeben: er ist stolz auf die Eigenart, die ihm von seiner Heimat geschenkt ward. Der Saarstädter spricht nicht viel bei dem, was er tut; dafür gelingt ihm das, was er im Sinne hat, um so besser. Doch ich fange ja an, nach hiesigen Begriffen „Redensarten zu machen", da muß ich wohl als guter St. Johanner aufhören. Ich tue es auch; nur will ich noch wünschen, daß die Eigenart des Saarstädters, wie ich sie heute versucht habe zu schildern, noch recht lange erhalten bleiben möge, damit in den Saarstädten noch lange lebe der derb-treue Sinn der „Alldahiesigen"!

Deutsches Herz, verzage nicht,
Tu, was dein Gewissen spricht;
Redlich folge seiner Spur,
Redlich hält es seinen Schwur.

Ernst Moritz Arndt.

Aus der Rheinpfalz.

Von Dr. Gertraud Wolf, M. d. h. L.

Donnernd fährt der Schnellzug über die Rheinbrücke. Unter uns wälzen sich die graugrünen Fluten. Ist's noch der deutsche Rhein? — Französische Kanonenboote liegen auf dem Wasser. Die deutsche Flagge ist verschwunden. Die deutsche Rheinschifffahrt war immer eine Lebensfrage für unsere west- und süddeutschen Gebiete; sie war eine der größten wirtschaftlichen Unternehmungen der gesamten Weltwirtschaft. Jetzt untersteht der Rhein einer internationalen Kommission, in der Deutschland fast einflußlos ist.

Graue Regenwolken hängen trübe und schwer über der Rheinpfalz. Wir fahren durch Befestigungsanlagen — der Zug hält in Germersheim, der alten deutschen Stadt, wo Kaiser Rudolf von Habsburg starb. Hier sieht man die ersten farbigen Truppen; an den Bahnhöfen, den Bahnübergängen lungern sie herum; gähnend, gelangweilt, fröstelnd, unbeachtet von den Pfälzern, die geschäftig ihrer Arbeit nachgehen.

Französische Schildwachhäuser stehen vor den Gebäuden, in welchen französische Behörden einquartiert sind, blau-weiß-rot leuchtet es durch die grauen Straßen. Jedem Ankommenden fällt zunächst auf, daß in allen Städten die deutschen Anschläge und Plakate durch französische ersetzt oder ergänzt sind. Ueberall trifft das Auge auf französische Schriftzeichen: „Sorti“, „Rue de la gare“, „Place Goethe“, „Rue Uhland“.

Wozu das viele, viele Militär? Die Truppen mit Sturmhelmen, in voller Feldausrüstung? Was sollen die endlosen Züge schwerer Artillerie, die unaufhaltsam dem Osten zufluten?

Eine Vortragsreise führte mich in acht verschiedene Städte. So durchkreuzte ich die Pfalz nach vielen Richtungen und hatte auch Gelegenheit, mich mit Pfälzern aus den verschiedensten sozialen Schichten zu unterhalten.

Gibt's einen zweiten Fleck Erde, wo eine solche Fülle von Burgen, Schlössern und Klöstern gebaut wurden wie in der Rheinpfalz? Auf vielen Berggipfeln wurden sie errichtet, diese Denkmäler stolzer, großer Zeiten politischer Macht und wirtschaftlichen Aufschwungs.

Statt ihrer ragen heute ernste, düstere Ruinen in das graue Gewölk. Sie erzählen von französischer Kriegswut, durch welche sie verstümmelt und zerstört wurden. Mögen anderwärts Paläste an das Zeitalter Ludwigs XIV. erinnern, in der Pfalz erinnern daran nur Ruinen!

An Türmen und Toren einzelner, noch erhaltener alter Gebäude sucht man vergeblich die alten deutschen Embleme; sie wurden von den Franzosen weggemeißelt. Verwüstet wurden damals auch weite fruchtbare Landstriche, zerstört ganze Städte und Dörfer. Wo blieb hierfür die Wiedergutmachung? — Wo??

Und jetzt strecken sich wiederum gierige Hände nach dem reichen, gesegneten Land aus, nach seinen saftigen Wiesen und fruchtbaren Feldern, und vor allem nach seinen reichen Weinbergen.

Bei lachendem Sonnenschein fahre ich durch die Weingegend Deidesheim, Wachenheim, Ungstein, Forster, Dürkheim, Königsbach. Weinberge, soweit das Auge reicht, nichts als Weinberge, eine liebliche, anmutige Gegend mit sanften Höhenzügen. Weiche Frühlingswinde wehen. Kirschen-, Mandel- und Pfirsichbäume werden bald die Landschaft in ein Blütenmeer verwandeln.

Was wird aus den reichen Weindörfern werden, wenn die Zollgrenze bis zum Rhein vorgerückt wird? Werden Verarmung und Verödung ihr Schicksal sein?

Die Kohlennot ist in der Pfalz noch viel schlimmer als bei uns. Die Industrie, der Hausbrand, die Verkehrsanstalten leiden schwer darunter. In einer öffentlichen Versammlung wird mir zugerufen, ich solle bei der bayerischen Regierung dahin vorstellig werden, daß mehr Kohlen in die Pfalz kämen. „Wir haben auch sehr wenig.“ „Aber Sie haben wenigstens Torf.“ „Ja, die Pfalz hat nicht einmal Torf.“

Und die frierenden Pfälzer müssen es mit ansehen, wie lange Güterzüge voll deutscher Kohle durch ihr Land hindurchfahren, hinüber über die französische Grenze. Ein Schweizer, der mir im Wagenabteil gegenübersitzt, erstarrt vor Kälte, wie ich, sagt mir mit einem Blick auf den nach dem Westen rollenden Kohlenzug: „Die ersticken drüben in Kohle, ebenso wie wir in der Schweiz, unsere Industrie ist auf drei Jahre reichlich versorgt.“ Ein einziges Mal sitze ich in einem gut gewärmten Abteil, aber ich muß es wieder verlassen, denn es ist reserviert „pour les officiers!“ In allen anderen Abteilen ist die Heizung abgestellt. Die Pfalz bezog ihre Kohlen früher aus ihren eigenen Gruben und aus den Saargruben, welche jedoch jetzt dem Saargebiet zugeteilt worden sind. So ist sie auf die völlig ungenügenden Lieferungen aus Mitteldeutschland und dem Ruhrgebiet angewiesen. Wichtige Betriebe, wie die Zuckerfabrik Frankenthal und die Kammgarnspinnerei in Kaiserslautern und viele andere, die ich bei einem Besuche im Jahre 1918 noch voll beschäftigt sah, mußten wegen Kohlenmangels lange Zeit völlig stillstehen. Die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit war ungeheuerlich.

In der altberühmten Schuhindustrie in Pirmasens, die infolge Absatzschwierigkeiten stillgelegen hatte, herrscht wieder regere Tätigkeit. Ich besuchte eine der großen Schuhfabriken, die ihre ganze Belegschaft wiederum voll beschäftigt.

Sehr drückend ist die Wohnungsnot, die an sich schon groß war, nun durch die Besatzung fast die Grenzen des Erträglichen übersteigt. Landau, ein Ort von 14 000 Einwohnern, hat 6- bis 7000 Mann militärische Besatzung und dazu 2500 Zivilbesatzung erhalten, bestehend aus Händlern, Krämern, Schiebern, Frauen und Kindern. Selbst der jüngste Leutnant hat Anspruch auf zwei Zimmer. Dem französischen Quartiermacher ist's gleichgültig, wie die deutsche Familie sich einrichtet. Und hilflos muß sie es dulden, daß in ihren Räumen wilde Gelage stattfinden, daß die Nächte durchtobt werden, ohne Rücksicht darauf, ob ein Kranker, eine Wöchnerin sich in der Wohnung befindet.

Die Einquartierung ganzer Familien mit Kindern und Dienstboten hat ständigen Streit und Denunziationen im Gefolge. „Die französischen Kinder sind so verdorben und unsittlich,“ klagte eine Pfälzerin, „wir hüten die unsrigen ängstlich, daß sie nicht mit ihnen in Berührung kommen. Haß und Verachtung gegen alles, was deutsch ist, werden offensichtlich in ihnen gezüchtet. Sie strecken jedem Deutschen die Zunge heraus.“ In den überfüllten Städten werden noch Schulsäle für die französische Schuljugend beschlagnahmt. Man stützt sich dabei auf das Rheinlandabkommen, nach welchem wir verpflichtet sind, „Regimentsschulen“ zur Verfügung zu stellen. Darunter sind selbstverständlich nur militärische Ausbildungsanstalten zu verstehen.

Die Teuerung lastet schwer auf der Bevölkerung, sie ist noch größer als im rechtsrheinischen Bayern. Die Besatzungstruppen schwimmen ja in Geld, in deutschem Geld, und können alles bezahlen. Dies treibt die Preise in die Höhe, besonders die Lebensmittelpreise. Die Soldaten gehen aufs Land hinaus und holen sich in den Dörfern, was sie brauchen. „Würden wir es nicht hergeben, so würde es uns einfach mit Gewalt genommen.“

In einer kleinen Stadt erhalte ich einen Einblick in die französischen Lesekränzchen, „cours de français“, die in fast allen Orten, auch den kleinsten, von den Franzosen eingerichtet werden. Die Bevölkerung soll dadurch französiert werden. Es gibt Kurse für Anfänger und für Vorgeschrittene. Alles ist gratis: Lehrer, Bücher, Unterrichtsmaterial. Auch öffentliche Vorträge werden gehalten: „Befruchtung der deutschen Kultur durch die französische.“ Erwünscht wäre, daß deutscherseits Vorträge mit dem umgekehrten Thema veranstaltet würden; an Unterlagen würde es nicht fehlen.

In Zweibrücken sehe ich das Bismarckdenkmal, das vor dem herrlichen alten Schloß der Herzöge von Pfalz-Zweibrücken steht, und vor welchem von unbekannter Hand ein Kranz niedergelegt wurde. Die französische Behörde sah darin eine Provokation und legte der Stadt, weil der Täter nicht angezeigt wurde, eine Sühne von 20 000 M. auf. Da meldet sich der Täter freiwillig; es war die junge Tochter des Gärtners, der alljährlich das Denkmal geschmückt hatte. Sie erhielt eine Gefängnisstrafe.

Gesprochen wird nicht viel über „Nationales“; schwebt doch über jedem das Damoklesschwert der Denunziation und Ausweisung, wenn er unbequem wird. In allen meinen Versammlungen waren einige Franzosen zur Kontrolle anwesend, welche nachschrieben, was ich sagte. Aber man fühlt, wie treudeutsch die Pfälzer tief drinnen im Herzen empfinden. „Sie glauben nicht, wie wir hungern nach Fühlungnahme mit unseren Brüdern jenseits des Rheins und nach Verstehen für unsere Lage,“ wurde mir gesagt. Für ihren stillen, aber heißen Kampf um ihr Deutschtum müssen wir sie, wie alle Volksgenossen in den entrissenen und besetzten Gebieten, unterstützen. Ergreifend ist es, wie sie alle, alle, Handwerker, Arbeiter, Bürger, Bauern beim verarmten Mutterlande bleiben wollen. Die Pflicht eines jeden Deutschen ist es, seine ganze Kraft dafür einzusetzen!

Als ich die Pfalz verlasse, schickt mir der hoch in die Lüfte ragende alte Dom von Speyer, in dessen Krypta acht deutsche Kaiser ruhen, die letzten Abschiedsgrüße zum Rheine hinüber. Er gemahnt an „des deutschen Reiches alte Herrlichkeit“, er gemahnt aber auch an die Kriegswut der Franzosen, die ihn zer-

Verbreitet den „Saar-Freund“ im Freundeskreise!

störte. Doch deutscher Fleiß hat ihn wieder aufgebaut und ihn dem Gottesdienste zurückgegeben. Wuchtig steigen die Türme über den Kaisergrüften in die Höhe. Sie erscheinen mir wie gen Himmel ragende Arme, die zum Schwure erhoben sind, zu jenem Treueschwur, den der Pfälzer tief drinnen in seinem Herzen trägt: Wir halten die Wacht am Rhein!

Vom Bund „Saar-Verein" und den angeschlossenen Vereinigungen.

§ **Saar-Verein, Ortsgruppe Ickern/Westf.** Die Versammlung der Ortsgruppe am 18. Juni war außerordentlich gut besucht, und es ist hervorzuheben, daß sich auch zahlreiche Nichtlandsleute, insbesondere solche der Gewerkschaft Ickern und der Lehrerschaft, eingefunden hatten. Herr Rektor Hock sprach in einem fesselnden Vortrage über die wirtschaftliche Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland und erntete für seine mit größter Spannung verfolgten Ausführungen reichen Beifall der Zuhörerschaft. Die Ortsgruppe sagt an dieser Stelle Herrn Rektor Hock nochmal herzlichen Dank für seinen lehrreichen Vortrag. — Nachdem Herr J. Nikola in beredter Weise über das Thema: „Wie und von wem können und müssen die Interessen des Saargebietes gewahrt werden?" gesprochen hatte, brachte die zehnjährige Tochter des Herrn Nikola noch einige sehr nette Deklamationen zum Vortrag. Die erhebende Versammlung schloß mit dem gemeinsam gesungenen Gelöbnislied: „Ich hab mich ergeben!" Die Anwesenden nahmen einstimmig folgende Entschließung an:

„Die am 18. Juni im kath. Vereinshaus Ickern tagende Versammlung gedenkt in dieser Stunde in Treue des kerndeutschen Saargebietes und seiner unter französischer Gewaltherrschaft lebenden und leidenden Bevölkerung. Die Anwesenden, Angehörige aller Stände und Parteien, geloben ihren Schwestern und Brüdern an der Saar und in der Pfalz Treue um Treue zu halten und das Deutschtum an der Saar zu wahren und zu schützen eingedenk der Worte des Dichters: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen". Die Anwesenden richten den Ruf an Völkerbund und an alle zivilisierten Nationen der ganzen Welt, mit ihnen einzutreten für Recht und Gerechtigkeit. Eine rein kerndeutsche Bevölkerung hat heute an der Saar unter dem Joche und der Tyrannei französischer Gewaltherrscher zu leiden. Ein so rein deutsches Volk darf aber von seinem Mutterlande nicht abgeschnürt und wider seinen Willen, sei es durch List oder Gewalt, an Frankreich gekettet werden. Die Anwesenden richten auch den Ruf an die deutsche Regierung, an das gesamte deutsche Volk, immer und immer wieder dafür einzutreten, daß der Friedensvertrag von Versailles von Grund auf revidiert wird. Und wenn es dem Völkerbund mit seinen Bestrebungen der Völkerversöhnung ernst ist, dann hat er vor allem die heilige Pflicht, dahin zu wirken, daß die auf Täuschung und Lüge beruhenden Bestimmungen aufgehoben werden. Die Anwesenden sind sich ferner darin einig, daß es nicht nur Aufgabe des Bundes „Saar-Verein" und der ihm angeschlossenen Ortsgruppen sein kann, das von seinem Mutterlande gewaltsam abgeschnittene Volk an der Saar in seinem Verzweiflungskampf um sein Deutschtum zu stützen und zu stärken, sondern daß dazu das gesamte deutsche Volk berufen ist ohne Rücksicht auf die Parteiangehörigkeit des einzelnen. „Das Vaterland, die Heimat über den Parteien" muß die Losung des ganzen deutschen Volkes sein, wenn es wirklich dazu kommen soll, das losgerissene Saargebiet wieder für Deutschland zurückzugewinnen."

Weiter wird in der Entschließung der großen Not Oberschlesiens und auch unseres geliebten deutschen Vaterlandes gedacht, und sie schließt mit den Worten:

„Gott schütze, Gott behüte dich, du ringendes, umdräutes deutsches Volk an der Saar, und dich, du deutsches Volk in Oberschlesien, die ihr beide allzeit treue Grenzwacht gehalten habt!"

Eine Ortsgruppe Hannover ist vor wenigen Tagen von den in Hannover ansässigen, zum größten Teil wegen ihrer deutschen Gesinnung aus dem Saargebiet ausgewiesenen Landsleuten gegründet worden. Besondere Verdienste um die Gründung dieser neuen Ortsgruppe hat sich Herr Polizeiobersekretär Heinrich, ein geborener Saarbrücker, der seine liebe Vaterstadt ebenfalls verlassen mußte, da er bei den Franzosen wenig beliebt war, erworben. Herr Polizeiobersekretär Heinrich ist als außerordentlich tüchtiger und sehr befähigter, gewissenhafter und fleißiger Polizeibeamter bekannt und steht bei seinen Saarbrücker Mitbürgern in hohem Ansehen. Sein treudeutsches Herz hängt mit jeder Faser an seiner lieben Saarheimat, in deren Dienst er sich durch tatkräftige Mitarbeit an der Sache des Bundes „Saar-Verein" von Anfang an gern gestellt hat. Die zur Gründung einer Ortsgruppe einberufene Versammlung eröffnete und leitete er, indem er darauf hinwies, daß der Bund „Saar-Verein" mit seinen Ortsgruppen neben der Förderung der Heimatliebe in erster Linie mit allen Kräften für die Erhaltung des Deutschtums im Saargebiet eintrete. Die politischen Verhältnisse im Saargebiet und die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages für das Saargebiet schilderte er in eingehender Weise, indem er immer wieder betonte, daß es sich beim Saargebiet um ein urdeutsches Land und kerndeutsches Volk handle. Nach kräftiger Widerlegung der bekannten Clemenceauschen Lügen schilderte er beredt die geschichtliche und wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes, in der die Flamme der Begeisterung für das deutsche Vaterland stets hoch emporgeschlagen sei. Diese Tatsache könnten die Franzosen trotz aller Fälschungen und Lügen niemals aus der Welt schaffen. Die Bevölkerung des Saargebietes werde wie eine Ware behandelt und als bloßes Anhängsel zu den Kohlen betrachtet. Die ganze Politik Frankreichs sei darauf gerichtet, die Saarbevölkerung in französisch-wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Er warf einige Streiflichter auf die französische Politik und sagte:

Durch den Uebergang der Gruben in das französische Staatseigentum haben die Franzosen die Gewalt und die Abhängigkeit der sämtlichen im Bergbetrieb beschäftigten Personen und ihrer Familien, etwa 240 000 Personen, erhalten. Unter Androhung der Kohlenverweigerung haben sie die gesamte Hüttenindustrie des Saargebiets gezwungen, 60 Prozent ihrer Aktien an die französische Industrie zu verkaufen, eine Maßnahme, die sie zu Herren der Saareisenindustrie gemacht und damit etwa weitere 100 000 Personen in ihre Abhängigkeit gebracht hat. Sodann erinnere ich an die Abschnürung des Saargebiets durch die Zollgrenze nach Deutschland hin. Und nun kommen die weiteren Maßnahmen der Regierungskommission, die angeblich dem Völkerbund untersteht, in Wirklichkeit aber eine selbständige, in französischem Fahrwasser schwimmende Behörde ist. Sie ist an die Stelle der früheren französischen Militärverwaltung am 20. 2. 20 getreten und besteht aus fünf Personen, aus einem Franzosen, der, wie bereits erwähnt, der Kommission als Präsident vorsteht, einem Belgier, einem Dänen, einem Kanadier und einem Saardeutschen. Die Bevölkerung ist rechtlos der Verwaltung dieser Behörde ausgeliefert. Ein Parlament existiert nicht. Mit Ausnahme des Kanadiers sind die übrigen Mitglieder fast ausnahmlos Deutschenhasser.

Sodann teilte er u. a. mit, daß die französische Bergwerksdirektion an die einzelnen Grubenverwaltungen ein Rundschreiben ergehen ließ, in welchem die beschäftigten deutschen Beamten die Erwerbung der französischen Staatsangehörigkeit unter dem Versprechen der Vorzugsbehandlung nahegelegt worden ist. Der Zweck, der damit verfolgt wird, liegt klar zutage. Das Beamtentum soll nach der Französierung einen politischen Einfluß auf die Arbeiter und die übrige Bevölkerung ausüben. Hieraus kann man ohne weiteres entnehmen, daß die französische Regierung nicht entfernt an eine Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem deutschen Mutterlande denkt. Mit dem 1. Mai d. J. ist der Frankenzwang für die Eisenbahn-, Post-, Fernsprech- und Telegraphenverwaltung eingeführt worden, eine Maßnahme, die direkt dem Friedensvertrag widerspricht. Welche weittragenden Folgen diese Anordnung, nachdem die Frankenlöhnung schon seit geraumer Zeit bei den Bergleuten eingeführt ist, auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete nach sich ziehen muß, liegt auf der Hand. Man hat dabei in erster Linie an die Ausmerzung des Deutschtums aus dem Saargebiet gedacht. U. A. werden die kleinen Rentner, Pensionsempfänger usw., die ohnehin in der jetzigen Zeit einen schweren Existenzkampf zu bestehen haben, gezwungen sein, das Saargebiet zu verlassen, denn sie sind nicht in der Lage, für ihre Bedürfnisse bei dem hohen Frankenkurs Franken zu erwerben. Und es besteht kein Zweifel darüber, daß dieser Frankenzwang auch bei kleineren Geschäftsleuten die ungünstigsten Erscheinungen in geschäftlichem Sinne nach sich zieht. Schon heute werden geschäftliche Reisen nach dem Saargebiet vermieden; die Saarregierung und Franzosen fragen aber nicht nach der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Maßnahmen, für sie fällt nur die politische Bedeutung in die Wagschale. Von einer neutralen Regierung, die als Treuhänder der deutschen Regierung unter dem Völkerbund steht, kann hier keine Rede sein. Man kümmert sich weder um Völkerbund noch um Friedensvertrag. Die Behörden werden fast nur von französischen Beamten, zum Teil aber auch von Speichelleckern der Franzosen, von gesinnungslosen Deutschen besetzt. Nach dem Friedensvertrag dürfen französische Truppen nicht im Lande sein, sondern nur eine örtliche Gendarmerie. Die Anwesenheit einer kriegsstarken französischen Division, die zu zwei Drittel aus farbigen bzw. schwarzen Truppen besteht, wird damit begründet, daß man sie als eine notwendige Polizeitruppe, die nicht auf Kosten der Bewohner gehalten wird, darstellt. Die Schandtaten der Kolonialtruppen im besetzten Gebiet und im Saargebiet sind uns allen zur Genüge bekannt. An deutschen Frauen und Mädchen, selbst an Greisinnen, sind die gemeinsten Sittlichkeitsverbrechen am hellen Tage begangen worden. Auch auf kulturellem Gebiet suchen die Franzosen zur Erreichung ihrer politischen Ziele immer mehr festen Fuß zu fassen. Sie haben Schulen errichtet, und nach einer Verordnung der Regierungskommission wird durch den Besuch dieser Schulen die deutsche Schulpflicht erfüllt. Sagt das nicht genug? Der Verordnungsentwurf über die Bedeutung des Begriffs „Saarbewohner" setzt aber allem bisher Dagewesenen die Krone auf. Hier hat man die Französierung klipp und klar vor Augen.

Diesen französischen Bestrebungen muß in der gehörigen Weise entgegengetreten werden. Nicht allein die Saardeutschen und Anhänger des Saargebiets, sondern das gesamte deutsche Volk muß sich aufraffen und seinen Willen zur Erhaltung des Deutschtums im Saargebiet bei der Regierung und dem Völkerbund durchsetzen. Wir, die wir hier am heutigen Abend versammelt sind, wollen diesem Ziele zusteuern, indem wir Mitglieder des hier zu errichtenden Saar-Vereines werden und dadurch alles fördern, was geeignet ist, unseren deutschen Stammesbrüdern im Saargebiet

M 0 45

die Liebe zur Muttersprache und zum Vaterlande, wie überhaupt ein deutsches Volksbewußtsein lebendig zu erhalten. Lebhafter Beifall belohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen.

Alle Anwesenden erklärten sich unter großer Begeisterung für die Gründung der Ortsgruppe Hannover, die in allernächster Zeit schon eine große Versammlung abhalten wird, in der der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein", Herr Verwaltungsdirektor Vogel, über das Saargebiet und über die Aufgaben des Bundes „Saar-Verein" sprechen wird. Unseren lieben Landsleuten und allen Freunden der Saargebietssache in Hannover danken wir für ihre treue Mitarbeit und rufen ihnen für die weitere Entwicklung ihrer Ortsgruppe nach alter Bergmannsart ein herzliches „Glückauf!" zu.

† **Saar-Verein, Ortsgruppe Cassel.** Die regelmäßigen Sitzungen am Montag eines jeden Monats in der Gastwirtschaft am Friedrichsplatz fallen während des Sommers aus und werden erst am 26. September wieder aufgenommen. Die Ortsgruppe hat beschlossen, sich an dem großen Heimatfest der Casseler „Deutschen Kulturgemeinschaft", das am Sonnabend, den 20. August, nachmittags, in der Stadthalle abgehalten werden soll, zu beteiligen. Ebenso hat sich die Ortsgruppe der „Deutschen Kulturgemeinschaft" körperschaftlich angeschlossen und ist in ihrem Vorstand durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe, Herrn Hauptmann Firnhaber vertreten.

Deutsche Treue in Briefen aus dem Saargebiet.

. . . . Bitter sind die Klagen der Geschäftswelt über die ungeheure Teuerung bei der Post und bei der Bahn. Daß eine derartige Wirtschaft nicht weiter gehen kann, ist auch den amtlichen Stellen nicht unbekannt geblieben, schreibt man doch, daß Verkehr und Briefversand sehr zurückgehen, daß nach der Statistik sich die Frankenwährung keineswegs bewährt hat und daß hier im Saargebiet nur die Mark als gesetzliches Zahlungsmittel von Vorteil sein kann. Bei den Mitteilungen der Zeitungen, daß die Deutschen sich in Oberschlesien aufgerafft haben und gegen die Busenfreunde der Franzosen, die Polen, zu Felde ziehen, um die deutsche Heimat zu verteidigen, schlug auch das Herz manch Saargebietsbewohners höher, und wie oft hört man rufen: „Wollte Gott, daß auch wir uns erheben können gegen unsere Unterdrücker". — — — —

. . . . Eilt man in der schönen Sommerszeit in das Freie durch Wald und Flur der teuren Heimat, so tönt oft der fröhliche Gesang der deutschen Knaben im Saargebiet an das Ohr und läßt uns neuen Mut fassen und alles Ungemach über die Willkür und Habgier für eine kleine Weile vergessen . . . .

Anfragen und Antworten.

Nach Neuwied. Der größte Bergmannsort im Saargebiet ist Dudweiler (ohne Herrensohr, Jägersfreude usw.). In Dudweiler wohnten am 1. April 1914 im ganzen 2229 Bergleute. Hierbei sind die in den Schlafhäusern wohnenden Bergleute selbstverständlich nicht mitgezählt. Nach Dudweiler kommen noch fünf Orte, in denen mehr als 1000 Saarbergleute wohnen. Diese Orte sind Püttlingen mit 1679, Neunkirchen mit 1549, Elversberg mit 1332, Sulzbach mit 1311 und Quierschied mit 1199. In Wiebelskirchen, das früher auch über 1000 Bergleute zählte, wurden am 1. April 1914 nur 998 Bergleute gezählt.

X. Y. in M. Den Grund zu dem heutigen so blühenden städtischen Gemeindewesen von Saarbrücken legte Graf Johann I. Er verlieh im Jahre 1321 der Stadt Saarbrücken und dem gegenüberliegenden Dorf St. Johann einen gemeinsamen Freiheitsbrief. Der eigentliche Begründer der Saarindustrie wurde Wilhelm Heinrich (1741—1768), der den Kohlenbergbau unter staatliche Verwaltung stellte, die bestehenden Eisenwerke und Glashütten erweiterte, neue Anlagen gegründet hat und unermüdlich seinem Lande neue Quellen des Wohlstandes zu erschließen suchte.

Richard Haase
(Flüchtling aus dem Saargebiet)
Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 10, Seitenflügel IV
Tapezierer und Dekorateur
empfiehlt sich zur Aufarbeitung von **Polster-Möbeln und -Neuanfertigung.**
Sämtliche Reparaturen an Roll- und Stab-Jalousien werden fachgemäß ausgeführt.

W. in Berlin. Die Erzählungen des Rektors Hermann Kniebe, eines langjährigen sehr geschätzten Mitarbeiters des „Bergmannsfreund" „Bilder aus Saarbrückens Vergangenheit" sind seinerzeit im Verlage von Carl Schmidtke in Saarbrücken erschienen. Ein besonderer Aufsatz über Fürst Wilhelm Heinrich ist im 2. Bande abgedruckt.

R. in Kassel. „Die Geschichte unserer Heimat", Chronik der Ortschaften in den Bürgermeistereien Völklingen, Dudweiler, Püttlingen usw. im Verlage C. H. Scheur, Völklingen, 1899.

* **R. in Hannover.** Das Projekt einer Eisenbahn mit Lokomotivbetrieb von Paris über Metz nach den Saargruben und von Saarbrücken nach Straßburg stammt schon aus dem Jahre 1825. Diese Pläne gehören zu den ältesten Eisenbahnprojekten Deutschlands. Aus militärischen Gründen war im Jahre 1837 die Genehmigung einer Bahn von Saarbrücken nach Metz abgelehnt worden.

Beamter in Duisburg. Die maschinellen Triebkräfte der staatlichen Saargruben bestanden 1914 aus 3401 Maschinen mit 226 930,5 Pferdestärken. Von diesen Maschinen werden 19 mit 252,5 Pferdestärken mittels Wasserkraft, 758 mit 139 652,5 Pferdestärken mittels Dampf, 1643 mit 12 525 Pferdestärken mittels Druckluft, 108 mit 1134 Pferdestärken mittels Benzin, 14 mit 21 310 Pferdestärken mittels Gas und 859 mit 52 056,5 Pferdestärken mittels Elektriziät betrieben. Zur Erzeugung des zum Antrieb der Dampfmaschinen erforderlichen Dampfes waren 715 Dampfkessel mit 1709 Quadratmeter Rostfläche und 48 523,6 Quadratmeter Heizfläche vorhanden. Die Erzeugung des elektrischen Stromes erfolgte zum weitaus größten Teil in den beiden bergfiskalischen Kraftwerken zu Heinitz und Luisental. In dem Kraftwerk Heinitz wird der Strom mit Kokereiabgasen in Großgasmaschinen, in dem Kraftwerk Luisenthal dagegen in Dampfturbinen erzeugt. Die meisten Maschinen besitzt das Steinkohlenbergwerk Gerhard mit 481 Maschinen und 26 037,6 Pferdestärken, während die Kraft- und Wasserwerke mit 126 Maschinen und 68 123 Pferdestärken die größte Zahl von Pferdestärken aufzuweisen haben.

Bücherbesprechungen.

Hochwald- und Hunsrückführer. In zwölfter Auflage liegt uns dieser von Herrn Landgerichtsdirektor, Geh. Justizrat Dr. Emil Becker-Dortmund bearbeitete Führer vor. Das kleine, handliche Format und der zuverlässig und geradezu hervorragend zusammengestellte Textteil dürfte allen Freunden des Wandersportes wie auch allen Reisenden, die die unvergleichlich schönen Täler der Mosel, Nahe und Saar aufsuchen wollen, ein unentbehrliches Hand- und Nachschlagewerk und ein lieber Freund werden. Hervorheben möchten wir noch, daß die Ausstattung des Führers mit Wanderkarten, besonders auch mit einer sehr genauen Karte des Saargebietes in vorbildlicher Weise erfolgt ist. Der Führer ist erschienen im Verlag von Jakob Linz, Trier. †

„Saar-Verein", Ortsgruppe Berlin

Einladung.

Unsere nächste Versammlung

findet

am Dienstag, den 5. Juli 1921, abends 8 Uhr, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Berlin NW., Sommerstraße 4a,

statt.

Herr Prof. Dr. Rühlmann-Berlin wird einen sehr interessanten Vortrag halten über:

„Französische Rheinlandspolitik und Saargebietsfragen."

Um recht zahlreichen Besuch der Versammlung wird gebeten.

☛ Auf unser Rundschreiben wegen **Werbung von neuen Mitgliedern** in Freundes- und Bekanntenkreisen sei nochmals besonders hingewiesen. **Der Vorstand.**

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gr. Schulz v. Endert, Berlin SW. 11.
Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag G. m. b. H., Berlin SW. 11.